

# aspekte

herausgegeben von der bewegung für sozialismus

beiträge zur theorie und strategie der linken

# 61

seite 3



spanien  
argentinien  
paraguay

seite 16



diskussion:  
zur rolle der  
kp's

seite 20

die linke in der  
isolation

seite 22



brd:  
widerstand  
ungebrochen,  
leben kaputt

## IN EIGENER SACHE

Die "aspekte"-Nummer hat keinen eigentlichen Schwerpunkt, sondern dient der Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen und Diskussionsbeiträgen, die in letzter Zeit bei unserer Organisation eingelangt sind. Einzige Ausnahme ist das Interview mit Genossen Jose Manuel, das wir auf einer Portugal-Spanien-Angola Veranstaltung zu Beginn dieses Jahres aufgenommen. Die Beiträge zu Argentinien und Paraguay sind Arbeitsergebnisse eines Lateinamerika-Arbeitskreises. Der Mittelteil besteht aus Reaktionen auf die Strategiediskussion anlässlich des Bundeskongresses. Die Autoren vertreten ihre eigene Meinung, nicht unbedingt die der föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS (die meisten sind auch nicht Mitglieder unserer Organisation). Der letzte Teil ist anlässlich des Anti-Repressions-kongresses entstanden.

Diese "aspekte"-Nummer soll ein Aufruf an alle uns nahestehenden und an politischen Diskussionen interessierten Genossen sein, die "aspekte" auch als ihr Diskussionsorgan zu betrachten. Wer durch Beiträge bzw. aktive Mitarbeit in der "aspekte"-Redaktion eine breite theoretische Auseinandersetzung auch über die Organisationsgrenzen hinaus fördern will, wird herzlich eingeladen, bereits bei den nächsten Nummern mitzuarbeiten!

Beabsichtigte Themen für die nächsten Nummern:

ARENA, UNI-THEORIEARBEIT, FRAUEN,  
LINKS IN EUROPA !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Redaktionsadresse: 1020 Wien, Franz Hochedlingerg. 6  
Tel.: 33-833-74

---

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger:  
föj-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS  
Für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl,  
alle 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel. 65-19-52

# Interview mit dem Genossen José Manuel, Sekretär der Kommunistischen Jugend Spaniens

OL.: Genosse Jose Manuel, wie sieht die Kommunistische Partei die aktuelle Lage in Spanien?

J. M.: Ich möchte eingangs festhalten, daß es den revolutionären Kräften und der Kommunistischen Partei Spaniens nicht darum geht, irgendein Modell auf Spanien zu übertragen. Was die spezifische Politik der KPS (Kommunistische Partei Spaniens) betrifft, wird sie im bevorstehenden Kongreß der Partei noch klarer formuliert werden. Die letzte Parteikonferenz, die vor kurzem stattfand, hat ein Manifest verabschiedet, in dem zu dieser Frage ganz klar Stellung genommen wird. Der erste Punkt ist, daß es uns spanischen Kommunisten darum geht, die demokratischen Freiheiten wiederzuerlangen.

Die zweite Etappe ist der Aufbau einer politischen und sozialen Demokratie, d.h. die Aneignung des gesamten Privateigentums, das in den Händen der Monopole und des Imperialismus ist.

Die Struktur des spanischen Monopolkapitals ist so, daß 96% des Kapitals in den Händen des Nationalen Industrieministeriums oder der großen Monopole ist. Die restlichen 4% des Kapitals sind unter Hunderttausenden Angehörigen der kleinen und mittleren Bourgeoisie aufgeteilt. Das kann dazu führen, daß eine neue soziale Formation am Kampf um die Demokratisierung, ja sogar um den Sozialismus beteiligt ist, d.h. auch intellektuell Tätige, Techniker, freiberufliche Fachleute etc., also bedeutende Teile des Kleinbürgertums. Das nennen

wir die Allianz zwischen Arbeit und Kultur.

Eine Konsequenz dieser Strategie der Allianz der Kräfte der Arbeit und der Kultur besteht darin, daß der von uns vorgeschlagene Weg der eines mehrere Parteien umfassenden, also eines pluralistischen Wegs sein muß, der nicht nur die KPS und die sozialistische Partei umfaßt, sondern auch die Kräfte und Repräsentanten der christlichen Parteien miteinbezieht. Es geht dabei nicht um die Repräsentanten der alten christlichen Kräfte, denn inzwischen sind neue Kräfte herangereift.

OL.: Ist diese Allianz heute schon stark genug, um das Regime in ernsthaft Schwierigkeiten zu bringen?

J. M.: Die Antwort auf diese Frage wird direkt von den Arbeitern gegeben, die gerade jetzt im Streik stehen, die heute in Spanien auf der Straße demonstrieren. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Avantgarde, die für den Aufbau des Sozialismus eintritt, sondern um eine breite Massenbewegung, die durch die Widersprüche der spanischen kapitalistischen Gesellschaft angestachelt, zunehmend politische Forderungen artikuliert, wie z. B. die Herstellung breiter demokratischer Freiheiten im Land.

Diese Massen- und Arbeiterbewegung findet in der Artikulierung von Forderungen für die Herstellung größtmöglicher Demokratie nicht ihre natürliche Grenze, sondern gleichzeitig werden weitergehende Forderungen gestellt, die unmittelbar sozialistischen Inhalts sind

und die über diese erste demokratische Phase hinausweisen.

Insbesondere die Arbeiterkommissionen treten ganz eindeutig für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen ein. Perspektive ist ganz eindeutig der Aufbau des Sozialismus.

OL.: Wie verhalten sich die Bauern im Kampf um die Demokratie?

J. M.: Was die Bauernfrage betrifft, ist festzustellen, daß vor allem die Kleinbauern und die proletarisierte Schicht der Bauernschaft schon zur Zeit der Volksfront im Jahre 1936 sich aktiv mobilisierte für die Verteidigung der Republik, gegen die Agrar-Oligarchie und die reaktionären Kräfte des Landes.

Die Großgrundbesitzer und auch ein Teil der Kleinbauernschaft verbanden sich in der Zeit der spanischen Republik gegen die Republik, wobei – was zu unterstreichen ist – damals die spanische katholische Kirche die kleinen und großen Grundbesitzer durch ihre reaktionäre Haltung auf die Seite der Faschisten gebracht hat.

Heute aber hat sich diese Situation total geändert. 36 Jahre faschistischer Herrschaft haben dazu geführt, daß nicht nur die Schicht der Kleinbauern, sondern weite Teile der Mittel- und zum Teil auch der Großbauern durch diese einseitig den Interessen der Agrar-Oligarchie dienende Politik ruiniert wurden. Heute ist es so, daß etwa zwanzig Familien unmittelbar zu den großen Nutznießern der Politik des Faschismus auf dem Lande zählen. In letzter Zeit war als Folge dieser Situation, der Verschärfung der Widersprüche auf dem Lande eine große Anzahl von Streikbewegungen auf dem Lande zu beobachten.

Streikbewegungen oft spontanen Charakters, also nicht organisiert, z. B. in Provinzen wie Andalusien, Asturien u. a. Auch was die Funktion der Kirche betrifft, ist ein Wandel eingetreten. Heute, im Gegensatz zu den dreißiger Jahren, stellt die Kirche auf dem Lande nicht mehr einen Faktor des Rück-

schritts, sondern eher des Fortschritts dar; in zahlreichen Regionen haben sich Bauernkommissionen gebildet, die mit den Arbeiterkommissionen zusammenarbeiten. Es gibt eine Streikbewegung zur Bildung von kooperativen Landwirten, die nach demokratischem Muster aufgebaut sind.

OL.: Was für eine Landreform hat die KPS im Auge?

J. M.: Bezüglich der Situation auf dem Lande, schlägt die kommunistische Partei Spaniens folgende programmatische Änderungen vor: Generell wird die Einführung einer Agrarreform propagiert, die nach der Parole organisiert sein soll, 'die Erde gehört jenen, die sie bearbeiten'. Das bedeutet zweitens, daß in jenen Regionen, wie z. B. in Andalusien, wo die Struktur bestimmt ist durch landwirtschaftlichen Großbesitz und durch die Ausbeutung von dem als Saison- und Gelegenheitsarbeiter beschäftigten Landproletariat eine sehr radikale Landreform durchgeführt werden muß (bis zur totalen Enteignung des Großgrundbesitzes), um das materielle Los der Arbeiter zu verbessern und diese Extremformen der Ausbeutung abzuschaffen.

Was das übrige Land betrifft, vor allem den Norden, schlägt die Kommunistische Partei Spaniens im wesentlichen ein Hilfsprogramm für die Klein- und Mittelbauern dieser Region vor, das bedeutet also vor allem technische Hilfe bei der Verbesserung der Infrastruktur, techn. -wiss. Hilfe, die Vergabe von Krediten an diese kleinen Mittelbauern, die Verbesserung des Schulwesens auf dem Lande und vor allem auch die Verbesserung, d. h. die Änderung der Ankaufspreis für ganz bestimmte Saatgüter und andere notwendige Investitionen dieser Kleinbauern. Die Hilfe wird durch lange Zeit gewährt werden müssen, in der ganzen Zeit der politischen und sozialen Demokratie. Das Privateigentum an Grund und Boden wird noch längere Zeit bestehen müssen.

OL.: Stellt das Kleinbürgertum heute einen Bündnispartner für die

spanische Arbeiterklasse dar?

J. M.: Man sieht, wie die kleinen Unternehmer ihre Geschäfte, ihre Garagen usw. schließen, wenn die Arbeiter streiken, d. h. sie stellen sich politisch auf die Seite der Kämpfer für die Demokratie.

Ideologisch steht ja das Kleinbürgertum auf der Seite der Herrschaft, aber die Tendenz der Monpole geht in die Richtung, die Kleinbourgeoisie zu ruinieren. Daher die Notwendigkeit für die Kommunisten, sich dem Kleinbürgertum nicht zu entfremden. Gerade das chilenische Beispiel hat ja gezeigt, wie verhängnisvoll es sein kann, wenn in einem solchen Prozeß der Demokratisierung das Kleinbürgertum völlig von der Arbeiterklasse isoliert wird.

OL.: Kann die Armee in Spanien eine ähnliche Rolle spielen wie in Portugal im April 1974?

J. M.: Was die spanische Armee betrifft, so kann man augenblicklich in der Armee etwa drei verschiedene Fraktionen unterscheiden. Zunächst eine minoritäre, eindeutig in der Minerheit stehende ultra-faschistische Fraktion des Militärs. Die zweite Gruppe, die wesentlich größer ist oder vielleicht auch die größte Gruppe und Fraktion in der Armee darstellt, sind jene Offiziere, die sich nicht zur faschistischen Ideologie bekennen, die eine von der Regierung unabhängige Position einnehmen, die sich quasi an rein beruflichen, an rein standespezifischen Kriterien orientieren. Die dritte Fraktion ist eine sich ebenfalls in der Minderheit befindende, die Fraktion der Union Militar Democratica d. h. Demokratische Militärunion, eine der bewußtesten Militärfraktionen, die ganz eindeutig demokratisch-progressiv Ziele vertritt und auf eine Demokratisierung der Gesellschaft hinarbeitet.

Was die demokratische Militärunion betrifft: So wie auf 1930 die republikanische Revolution folgte, ist heute eine starke Reaktion der Militärs auf den bevor-

stehenden Prozeß der Neun zu erwarten und zwar Militärs vom Rang eines Kommandanten und gegen acht Hauptmänner. Die große Mehrheit des spanischen Volkes ist mit diesem Gesinnungsprozeß gegen die demokratischen Militärs nicht einverstanden und sie bestreitet auch ganz offen dem König Juan Carlos das Recht und die Kompetenz, hier einen derartigen Gesinnungsprozeß zu veranstalten und repressiv gegen die demokratische Bewegung der Armee vorzugehen.

Ich möchte folgendes zu bedenken geben, am 24. April 1974 bestand die MFA, die Bewegung der Streitkräfte in Portugal aus nur etwa 300 Offizieren. Was die demokratische Militärunion Spaniens betrifft, besteht sie heute aus etwa 600 organisierten Mitgliedern, mit ihnen sympathisieren aber Tausende anderer Militärs in den verschiedenen militärischen Bereichen, im Heer, in der Marine und auch in der Luftwaffe.

Die KPS glaubt, daß die Armee in Spanien nicht dazu berufen ist, so eine Rolle zu spielen wie die MFA in Portugal, sondern daß sie sich insgesamt eher neutral bei den bevorstehenden politischen Wandlungen verhalten wird, aber daß dies die Rolle einer aktiven Neutralität sein wird.

OL.: Wie beurteilt die KPS die Rolle der Arbeiterkommissionen in den jetzigen Klassenauseinandersetzungen?

J. M.: Wir glauben, daß die Arbeiterkommissionen eine der originellsten Formen in der langen Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung darstellen. Seit 1939 wurden Tausende von Arbeiterführern blutig verfolgt, hingerichtet und ausgerottet.

Die traditionellen Organisationen der spanischen Gewerkschaftsbewegung, also die UGT und die von den anarchistischen Organisationen unterstützte oder majorisierte CNT vertraten die Ansicht, daß auch nach dem Sieg des Faschismus die Kontinuität der spanischen Arbeiterbewegung

erhalten bleiben muß, jedoch sind diese Organisationen des Bürgerkriegs faktisch verschwunden. UGT und CNT sind faktisch verschwunden und die spanische Arbeiterklasse war jeglicher Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen beraubt, bis die Arbeiterkommissionen entstanden.

Ende der 50er Jahre entstanden anlässlich des Bergarbeiterstreiks von Asturien neue Organisationsformen der spanischen Arbeiterbewegung an der Basis und zwar wählten zum ersten Mal die Bergarbeiter von Asturien in einer General- und Vollversammlung eine autonome Arbeiterkommission. Dieses Ereignis war ein erster Triumph der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Spanien, insofern als z. B. der frühere spanische Arbeitsminister Solez, der schon unter Franco Arbeitsminister war, bereits 1961 gezwungen wurde, die gewählten Delegationen der stärksten asturischen Bergarbeiter in Madrid zu empfangen.

Diese Bewegung hat sich lawinenartig auf das ganz Land vom asturischen Bergbauggebiet aus ausgebreitet auf den industriellen Großraum Madrid und Barcelona und auch auf das Baskenland. Alle Produktionssparten wie Metall, Bau und Banken sowie Versicherungen sind erfaßt in Provinzkoordinationskomitees und in einem nationalen Koordinationsrat.

Die Bewegung der Arbeiterkommissionen stellt heute eine sozialpolitische, demokratische Massenbewegung dar, in der also alle repräsentativen Strömungen der Arbeiterbewegung vertreten sind, sowohl Christen wie Kommunisten als auch Sozialisten.

Das Hauptziel der Bewegung der Arbeiterkommissionen ist die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft durch Entscheidung der Arbeiter. Die vertikalen faschistischen Syndikate müssen völlig zerstört werden. Der Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation soll auf zwei parallelen Wegen geschehen: 1. Versammlungen in allen Fabriken und Arbeitsstätten Spaniens und 2. Verhandlungen auf der Ebene der

"klassischen" Gewerkschaften UGT und USO im wesentlichen. Das Ziel, das diese Arbeiterkommissionen anstreben, also der neue Typ von Einheitsgewerkschaften, würde in ihrer Struktur eine Art Sythese zwischen Arbeiterräten und den klassischen Gewerkschaften darstellen. Das Hauptorgan dieser Arbeiterkommission stellt die Arbeitervollversammlung dar, an der nicht nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, sondern auch die unorganisierten Arbeiter teilnehmen dürfen. Außerdem sollen an diesen Versammlungen auch diejenigen teilnehmen, die entlassen worden sind, d. h. die Arbeiter, die arbeitslos geworden sind, aufgrund von kürzlichen Entlassungen aus dem Betrieb. Diese Organisation hat letztlich zum Ziel, unabhängig zu sein, sie ist absolut unabhängig von allen politischen Parteien einschließlich der Kommunisten Partei Spaniens. Denn die spanischen Arbeiter werden sich energisch jedem Versuch widersetzen, diese Organisation als eine Art Transmissionsriemen irgendeiner politischen Organisation zu benutzen.

Was die USO (Christliche Gewerkschaftsbewegung) betrifft, so ist sie mit der Zielsetzung der Arbeiterkommissionen völlig einverstanden.

Die UGT hat noch nicht klar Stellung genommen. Die UGT hat aber unter der spanischen Arbeiterschaft nur einen sehr schwachen Anhang. Sie existiert eigentlich nur in einigen wenigen Zentren: Sevilla, Madrid, Euzkadi (Baskenland).

Es ist wahrscheinlich, daß die sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaften, wie in Mitteleuropa z. B. der DGB, mit allen Mitteln versuchen werden, in Spanien aus dem Nichts eine ähnliche partei-gebundene Gewerkschaftsbeaufzubauen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß man eine Gewerkschaft nicht nur durch Geldsubventionen aufbauen kann, sondern, daß die Hauptbasis ihrer Existenz die Arbeiterschaft selbst darstellt. Die

spanische Arbeiterschaft zeigt ganz klar mit ihrer eindeutigen Unterstützung der Arbeiterkommissionen, daß sie sich energisch allen derartigen Manövern widersetzen wird. Ein positiver Faktor, der einer derartigen Entwicklung entgegenstehen könnte, ist die Existenz einer Tendenz zugunsten der größtmöglichen Einheit mit den Kommunisten auch innerhalb der PSOE (Sozialistische Partei Spaniens).

OL.: Santiago Carrillo hat in einem Interview mit dem deutschen Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" die Meinung vertreten, er sähe keinen wesentlichen Unterschied zwischen KPS und PSOE. Wie ist das zu verstehen?

M.: Zunächst möchte ich feststellen, daß ich von der sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens nicht so sprechen kann, wie von den anderen sozialdemokratischen Parteien Europas. Es bestehen eindeutige Tendenzen zugunsten einer Aktionseinheit, auch mit den Kommunisten, die geschichtlichen Ursprungs sind, die geschichtliche Traditionen haben.

Spanien war das erste Land, in dem sich eine im wesentlichen aus Sozialisten und Kommunisten bestehende Volksfront bildete. In Spanien fusionierten 1936 der kommunistische und der sozialistische Jugendverband und bildeten eine einheitliche Organisation von mehr als 600.000 Mitgliedern. Tausende von spanischen Kommunisten und Sozialisten vergossen gemeinsam ihr Blut im antifaschistischen Kampf zwischen 1936 und 1939. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die sozialistische Partei Spaniens seit ihrer Gründung im letzten Jahrhundert niemals mit ihrer marxistischen Ideologie gebrochen hat, daß sie nach wie vor ihr Programm, den Aufbau des Sozialismus und dem Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft mit sich führt. Es gibt jedoch in diesem geschichtlichen Bezugsrahmen

zwei Elemente, die beunruhigen. Das erste ist die Beteiligung der spanischen Sozialisten an der Junta von Casado in den letzten Tagen der Existenz der spanischen Republik, die einen eklatanten Verrat an der spanischen Republik und an der Volksfront darstellte. Aufgrund dieser Ereignisse war die sozialistische Partei gezwungen, nach Europa in die Emigration zu gehen. Dort hat die Sozialistische Partei Spaniens im Zuge der Epoche des kalten Krieges ganz und gar eine Politik des prowestlichen Antikommunismus eingeschlagen, die sie einige Jahrzehnte lang im Exil weiterverfolgte.

Aber parallel zu der in Westeuropa im Exil existierenden Exekutivkommission der sozialistischen Partei Spaniens, die diese antikommunistische Politik verfolgte, bildete sich in Spanien selbst, und zwar Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre eine neue Tendenz der Sozialistischen Partei, die in vielem mit der Politik der Führung der Exilpartei im Ausland nicht übereinstimmte. Das hatte unter anderem zur Folge, daß bei dem letzten Kongreß der Sozialistischen Partei bei Paris der Vorsitzende der PSOE, der alten Exiltendenz, Lopez, abgewählt wurde und durch Filipe Conzales, dem Repräsentanten der neuen und zwar auf Fraktionseinheit gerichteten Tendenz, die sich in Spanien selbst, nach dem Kriege gebildet hatte, ersetzt wurde.

So gehen also die spanischen Kommunisten davon aus, daß die Sozialistische Partei in ihrer Mehrheit für die Einheit, für Zusammenarbeit aller relevanten sozialistischen Kräfte eintritt, also d. h. konkret auch mit der sozialistischen Volkspartei, der PSP, den Kräften der demokratischen Konvergenz und den verschiedenen sozialistischen Allianzen Kataloniens, Valencias und Andalusiens. Die Verhältnisse sind etwa so, daß 90 Prozent der vorherrschenden sozia-

listischen Tendenzen mit diesem Einheitskurs einverstanden sind und auf dieser Linie der Einheit stehen.

OL.: Die KPS verlangt in ihrer Bündnispolitik einen Ausgleich mit der "zivilisierten Rechten"! Was versteht die KPS darunter?

L. M.: Bezüglich des politischen Paktes, der politischen Allianz zwischen der Bourgeoisie und der Rechten, muß man einen Unterschied machen zwischen den Kräften der sogenannten "Zivilisierten Rechten", also jenen Kräften der Bourgeoisie, die für freie Wahlen und die Restaurierung der demokratischen Freiheiten eintreten, und der "Unzivilisierten Rechten", die für die Kontinuität des Franco-Regimes eintritt und die Politik der Ultras verteidigt. Die demokratische Junta und die Plattform der demokratischen Konvergenz haben also absolut nichts mit dem historischen Kompromiß der italienischen kommunistischen Partei zu tun. Die Junta Democrática und die demokratische Konvergenz sind politische Plattformen, die sich eindeutig den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben.

Die demokratische Junta ist mehr oder weniger ein Pakt zwischen den Freunden und Feinden des Volkes, d. h. eine Allianz zwischen verschiedenen Organisationen der Arbeiterklasse, der demokratischen Partei, der Partei der Arbeiter, der Sozialistischen Volkspartei und anderen kleineren Gruppierungen der Linken einerseits und politischer Kräfte, die die Interessen der Bourgeoisie vertreten als auch die der liberalen Monarchisten u. a. Persönlichkeiten, ein Pakt, den man in etwa vergleichen könnte mit dem Pakt der taktischen Allianz von Mao-Tse-Tung mit Tschang-Kai-Schek in den 20er Jahren.

D. h. also, wenn einmal politische Freiheiten in Spanien erkämpft sind, wird sich die demokratische Junta notwendigerweise auflösen. Die partiel-

le Interessenidentität wird nicht weiterbestehen können und es werden sich die Parteien der Arbeiterbewegung für eine weitergehende Demokratisierung sozialistischen Inhalts einsetzen, während die bürgerlichen Kräfte für die Perpetuierung und Stabilisierung des bürgerlichen Staates eintreten werden. Diese Aktionseinheit wird dann nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es in den nächsten Wochen in Spanien zu einer Vereinigung, zu einer Fusion der demokratischen Junta mit der Plattform der demokratischen Konvergenz kommen wird, die sich zusammenschließen werden zur Demokratischen Allianz. Da sich die einzelnen Persönlichkeiten, die Teil der demokratischen Junta sind, wie z. B. der liberale Monarchist Calvos Serer und andere Persönlichkeiten schon zu einer eigenen Gruppe, zur sogenannten Gruppe der Unabhängigen (Independencia) zusammengeschlossen haben, ist damit die einzige Schwierigkeit beseitigt.

OL.: Neben der Frage nach den Vereinheitlichungsbemühungen zwischen der Junta und der Convergencia scheint uns als weitere Frage der Bündnispolitik der KP-Spaniens ihr Verhalten gegenüber den Sektoren der revolutionären Linken. Wie sieht die KPS die außerhalb ihr stehenden revolutionären Gruppen?

J. M.: Die Kommunistische Partei Spaniens anerkennt, daß es objektive Gründe für die Existenz der verschiedenen Parteien und Organisationen der sogenannten radikalen Linken gibt. Insbesondere meinen wir zwei Faktoren, die dafür entscheidend sind: Die Krise des Imperialismus und die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung.

Die Krise des Imperialismus ist durch die Befreiungskämpfe zuerst des vietnamesischen Volkes, später auch anderer Völker wie z. B. heute in An-

gola, ins Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung in den kapitalistischen Ländern gedrungen – vor allem ins Bewußtsein der Jugend. Das führte zu Solidaritätsbewegungen auf zum Teil sehr fortgeschrittenem Niveau, die diese Unterstützung mit einer Kritik des ganzen imperialistischen Systems verbanden. Es handelt sich zum Teil um gänzlich neue gesellschaftliche Schichten, die sich hier radikalisiert haben und für die die traditionellen kommunistischen Parteien nicht die ausreichende Attraktivität haben. Deshalb organisieren sie sich in diesen anderen Parteien und Organisationen.

Der zweite Faktor, die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, ist vor allem auf Grund der Spannungen und Widersprüche zwischen den beiden Polen des sozialistischen Lagers, der Sowjetunion und der VR-China, entstanden. Dies hat vor allem in den europäischen kapitalistischen Ländern und in Lateinamerika zur Spaltung zwischen den Kräften der kommunistischen Bewegung geführt, die für sich das eine oder andere Modell in Anspruch nahmen; dazu kommen noch die Gruppierungen, die von diesen Modellen unabhängige Perspektiven erarbeiten.

Da wir diese objektiven Gründe akzeptieren, nehmen wir zu diesen Gruppen eine Haltung der offenen Diskussion ein, eine Diskussion, die nicht opportunistisch geführt werden darf, sondern als ideologischer Kampf über konkrete Prinzipien. Wir haben aber nie einen Bannfluch über eine politische Gruppierung oder gegen Personen verhängt, ebensowenig innerparteiliche Gruppierungen ausgeschlossen. Vor allem seit 1968 unterhalten wir sehr enge Beziehungen zu den verschiedenen Gruppen der Linken, den sogenannten Linksradikalen. Unsere Unterstützung der radikalen Linken hat schon einige sehr wichtige Ergebnisse gezeigt: Die

maoistische Gruppe Badiera Roja (Rote Fahne) hat nach einem langen Diskussionsprozeß mit unserem Exekutivkomitee beschlossen, der KP beizutreten und zwar nicht auf eine unkorrekte Art des Entrismus, also des Beitritts zur KP mit dem Zweck, eine stärkere Abspaltung zu provozieren, sondern mit klarer Integrationsabsicht auf allen Ebenen bis hin zum Zentralkomitee. Daneben gibt es eine sehr enge Diskussion mit der "Partei der Arbeit Spaniens", die auch eine maoistische Tendenz darstellt. Mit dieser Organisation, die unserer Ansicht nach eine sehr befriedigende politische Auffassung von den Problemen Spaniens einnimmt und darüberhinaus noch über eine Reihe sehr mutiger Aktivistinnen verfügt und in den Klassenkämpfen in Katalonien und in Madrid präsent ist, haben wir durch unsere Zusammenarbeit in der Junta Democrática sehr weitgehende Übereinstimmung entdeckt.

Andrerseits gibt es noch etwa die ORT (Organisation Revolutionärer Arbeiter), die christlichen Ursprungs ist, aber ebenso wie andere kirchliche Organisationen (etwa die Marmiten Kataloniens) durch ihre politische Praxis zu einem marxistischen Programm gefunden haben. So haben wir heute engste und freundschaftlichste Beziehungen mit der ORT, die ja bekanntlich der Convergencia mit dem ausschließlichen Ziel beigetreten ist, so schnell wie möglich den Vereinheitlichungsprozeß zwischen Junta und Convergencia voranzutreiben. Außerdem verfügen wir noch über gute Beziehungen zur "Kommunistischen Bewegung Spaniens", die, wie ihr sicher wißt, eine Fraktion der baskischen ETA darstellt, heute auch Mitglied der Junta Democrática ist und dort wesentliche vereinheitlichende Standpunkte einbringt.

OL.: Es gibt angesichts der brutalen faschistischen Unterdrückung in Spanien auch Gruppen wie die ETA und die FRAP, die

wesentlich terroristische Positionen vertreten. Was ist der Standpunkt der KPS gegenüber dieser Gruppen?

J. M.: Zuerst möchte ich feststellen, daß für uns der Terrorismus das aktuelle Spanien mit seiner faschistischen Staatsmacht darstellt, der die Grundlage für den Gegenterror darstellt, den ETA und FRAP ausüben. Daher verurteilen wir nicht in erster Linie die Überfälle von ETA und FRAP, die einen Terrorismus des politischen Widerstandes gegen den Faschismus darstellen, wir verurteilen zuerst den spanischen Polizeistaat mit seinen faschistischen Methoden. Dann möchte ich Euch auf unsere sehr klare Unterscheidung von ETA und FRAP, die wir durchführen, aufmerksam machen, die weder den gleichen Organisationstyp darstellen noch sonst ideologische Gemeinsamkeiten haben.

Was die ETA als baskische Nationalistenorganisation betrifft, so finden wir hier ihre Wurzeln schon in den Sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Sie hat sich damals mit einer bürgerlich-nationalistischen Ideologie gegen die spanische Zentralgewalt gegründet. Das heißt, daß vorwiegend die Kapitalisten aus der Metallbranche im Baskenland gegen den spanischen Zentralismus gekämpft haben mit dem Ziel eines unabhängigen Baskenlandes zwar, aber unter der Herrschaft der spanischen Bourgeoisie. Diese Tendenz finden wir heute noch in der baskischen "Partei des Baskenlandes", die eindeutig eine bürgerliche Partei ist. Die Jugend dieser "Nationalistischen Partei des Baskenlandes" hat dann tatsächlich den Kampf aufgenommen, sicher noch mit einer rein nationalistischen Ideologie, so etwa Anfang der 60er Jahre. Sie haben beschlossen, auf drei Ebenen zu kämpfen: Auf militärischer Ebene, in der Arbeiterbewegung und auf kulturellem Gebiet. Ihr Kampf in der Arbeiterbewegung brachte sie in Kontakt mit den Ar-

beiterkommissionen und mit der KP. So hat sich die Arbeiterorganisation sehr schnell radikalisiert und sehr scharf die ETA wegen ihrer nationalistisch begrenzten Ideologie kritisiert und sie aufgefordert, den Marxismus-Leninismus als politische Grundlage zu akzeptieren. Diese Genossen haben knapp vor dem Prozeß von Burgos mit der ETA gebrochen. Sie haben sich in die Arbeiterkommissionen integriert.

Einzig der militärische Flügel der ETA blieb bestehen. Sie hat seinerzeit das Attentat auf den Premier Carrero Blanco durchgeführt und hat auch mehrere führende Köpfe der faschistischen Polizeikräfte liquidiert; sie führt auch bewaffnete Banküberfälle durch, um sich zu finanzieren usw. So betrachtet die KPS heute die ETA als Reaktion auf die ungenügende Perspektive der "Nationalistischen Partei des Baskenlandes". Wir sehen diesen Bruch der ETA mit der Nationalistischen Partei als einen Fortschritt, wenn wir auch terroristische Maßnahmen ablehnen, sofern sie nicht breite Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Folge haben. Wir stellen aber auch fest, daß es zwischen ETA und uns immer stärkere Gemeinsamkeiten gibt. Ich selbst kenne mehrere Mitglieder der Kommunistischen Jugend Spaniens, die früher bei der ETA waren. Wir anerkennen den uneingeschränkten Mut der ETA im Widerstand gegen den Faschismus und wir verteidigen stets jene, die unter staatlichen Repressionen zu leiden haben. Selbstverständlich haben sich auch sehr enge Beziehungen in den Gefängnissen zwischen unseren Genossen und denen der ETA ergeben. Die ETA ist nach unserer Überzeugung eine wichtige Komponente im Kampf für den Sozialismus in Spanien.

Andererseits gibt es die FRAP, die 1968 als Abspaltung von der KP gegründet wurde. Sie

ist als prochinesische Fraktion entstanden, die von 1968 bis 1971 als KP-Spaniens - Marxisten-Leninisten sich erfolglos bemühte, in der spanischen Arbeiterklasse Fuß zu fassen. So entschloß sie sich 1971 zur Umbenennung, um nicht mit der KP verwechselt zu werden und stellt ebenso wie ihre Vorgängerin keine wirkliche Organisation, sondern nur einen Namen dar. Sie gründen pausenlos diverse Künstler- und Wissenschafterkomitees, die praktisch ebensowenig existieren. Die FRAP ist also ident mit der KPS-ML und hat als Vorsitzenden einen ehemaligen sozialdemokratischen Minister in der spanischen Republik. Von 1971-1973 führte die FRAP ein sehr ruhiges politisches Leben, ohne besonders aufzufallen. 1973 haben sie beschlossen, sich zu radikalisieren und den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Leider muß aber gesagt werden, daß dieser bewaffnete Kampf nicht den gleichen Charakter wie der Kampf der ETA hat. Sie haben keine klaren politischen Positionen bezogen und es passiert ihnen auf Grund ihrer recht geringen Klarheit immer wieder, daß ihre Attentate die falschen Leute erwischen: So erwischten sie vor gar nicht so langer Zeit einen Vertreter der Nachbarschaftskommissionen in Barcelona, der der KP nahesteht. Die Waffe in der Hand ohne Ziel, das ist keine politische Perspektive. Die Schwäche der FRAP führt darüberhinaus dazu, daß sich in ihre Reihen sehr einfach Polizeiprovokateure einzuschleusen vermögen. Darüberhinaus kommen sie durch ihre bedingungslose Unterordnung unter die Politik der chinesischen Partei immer stärker in Widersprüche: Ich möchte nur daran erinnern, daß die VR-China mit dem francistischen Regime engste Beziehungen unterhielt. Die VR-China kondolierte übrigens auch nach der Liquidierung Carrero Blancos. Die VR-China unterstützt uneingeschränkt die Regierung Juan Carlos und ver-

hält sich damit recht feindlich gegenüber den revolutionären Kräften in Spanien im allgemeinen und gegenüber der spanischen KP im besonderen. So schließt sich die FRAP selbst aus jeder Einheit aus und selbst im Gefängnis isolieren sich die Aktivisten der FRAP. Obwohl also weder die FRAP noch die spanische KP Möglichkeiten einer Aktionseinheit sehen, solidarisieren wir wir uns dennoch mit all ihren Genossen, die von den jetzigen Machthabern bedrängt werden, ebenso wie wir für alle inhaftierten Antifaschisten die spanische Arbeiterklasse und die Demokraten Spaniens mobilisieren. Dennoch werdet Ihr sicher verstehen, warum wir einen großen Unterschied zwischen ETA und FRAP machen.

OL.: Im Zusammenhang mit der ETA: Wie beurteilt die KPS die autonomistischen Bewegungen in Spanien?

J.M.: Es ist eine historische Tatsache, daß es in Spanien verschiedene Nationalitäten gibt. Neben den Spaniern gibt es die Galizier, die Basken und die Katalonen. In der ganzen Geschichte Spaniens gibt es zahlreiche Kämpfe dieser Nationalitäten um ihre Freiheit gegenüber dem spanischen Zentralismus. Das geht zurück bis zu den katholischen Königen, wo die Basken um ihre elementarsten Rechte gekämpft haben, in ihrer Sprache zu sprechen, wirtschaftlich unabhängig zu sein und politisch autonom. Dieser Kampf konnte zunächst in der Republik siegreich beendet werden, wo es Autonomiestatute für Katalonien, für Galizien und für das Baskenland gab. Es gab sogar autonome Regierungen in Katalonien und im Baskenland, deren Mitglieder nach dem Sieg Francos von seinen Schergen liquidiert wurden.

Der Kampf um die Autonomie wurde aber weitergeführt, weil er objektive Grundlagen hat. Es gibt die Nationali-



täten, sie haben ihr eigenes Gebiet, ihre eigene Sprache, ihre eigenen wirtschaftlichen Voraussetzungen und ihre eigene Kultur.

Die KP Spaniens – und wir sind stolz darauf – ist die einzige spanische Partei, die in ihren Strukturen die Realität der verschiedenen Nationalitäten in Spanien anerkennt. Es gibt nicht nur die KP-Spaniens, es gibt auch die katalonische, baskische und galizische KP. Es handelt sich um autonome Parteien, wobei aber auch auf die ideologische Einheit Wert gelegt wird: Die Mitglieder der Exekutivkomitees der KPen in Galizien, in Katalonien und im Baskenland sind auch Mitglieder des Exekutivkomitees der KP-Spaniens. Dies trifft auch nicht auf die PSOE zu, die extrem zentralistisch geführt wird. Das wird ihr auch von ihren Anhängern in den Provinzen vorgeworfen.

Unsere Nationalitätenpolitik wird geleitet vom Prinzip der Verteidigung der Rechte der nationalen Minoritäten. Wir sind zwar nicht für Separatismus, aber wir sind für eine iberische Föderation, wo jede dieser Nationalitäten auch ihre eigene Regierung hat, und natürlich ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Autonomie. Zentral soll die Körperschaft des spanischen Staates und die Armee bleiben. Wir verlangen – und wissen uns damit mit der demokratischen Bewegung der jeweiligen Nationalitäten einig – das Statut von 1931, das die Republik Katalonien zugestanden hat und das Statut von 1936 für das Baskenland. Unsere Politik hat einen vereinheitlichenden Erfolg, so finden wir dieser Tage den "Rat der demokratischen Kräfte Kataloniens", der alle demokratischen Bewegungen einschließt, die im realen politischen Leben eine Rolle spielen. In Galizien ist es der KP gelungen, den "Nationalen Pakt Galiziens" ins Leben zu rufen. Dort sind die

Kräfte der KP-Spaniens und der Sozialisten vereinigt. Das einzige Problem für uns ist das Baskenland, wo es eine baskische Exilregierung gibt, wo eine bürgerliche Exilregierung den Eintritt der KPS in das Bündnis zu verhindern sucht. Die bürgerlichen Kräfte haben aber einen schweren Stand gegen breite Teile der Bevölkerung, die einen Eintritt der KPS in die Regierung fordert.

OL.: Insgesamt also beurteilt die KPS die Ausgangslage für eine revolutionäre Veränderung Spaniens sehr optimistisch?

L. M.: Sicherlich: vielleicht sind die Dinge, die ich über das Juan-Carlos-Regime gesagt habe, schon vor dem Erscheinen Eurer Zeitung veraltet. Die demokratische Bewegung in Spanien könnte einige dieser Probleme dann schon gelöst haben.

## Argentinien: zur Entwicklung des Peronismus

Nach der Befreiung von Spanien 1918 geriet Argentinien zunehmend in britische Abhängigkeit. Bis 1930 waren die ganzen Wirtschaftsstrukturen Argentiniens darauf eingerichtet, Agrarprodukte (vor allem Getreide und Rindfleisch) auf dem britischen Markt abzusetzen und von dort Industrieerzeugnisse zu beziehen. Es gab keinerlei Schutzmaßnahmen für die eigenständige Industrie, deren Aufbau dadurch verhindert wurde. Nutznießer dieses totalen Wirtschaftsliberalismus waren die nationale Agrar- und Handelsoligarchie und die britischen Exporteure von Industrieerzeugnissen. Infolge der Weltwirtschaftskrise verminderte sich der Wert der argentinischen Exporte auf dem Weltmarkt. Der Regierung fehlten die nötigen Devisen – sie mußte daher Importbeschränkungen erlassen. So begann sich, vor allem nach 1940, eine

nationale Industrie zu entwickeln, was wiederum der Strömung des ökonomischen Nationalismus einen Auftrieb gab. Die Interessen der neuen Schicht von kleinen und mittleren Industriellen Argentiniens widersprechen sowohl denen der imperialistischen Mächte als auch denen der Agrar- und Handelsoligarchie, denen an einem "freien Handel" gelegen war. Die traditionellen Linksparteien hielten das antiimperialistische nationale Interesse der einheimischen Bourgeoisie für eine Form des Faschismus und stellten sich auf die Seite der argentinischen Oligarchie. Die Führung des nationalen Kampfes und die nationale Befreiung überließen sie dem bürgerlichen Antimperialismus, der später von Peron vertreten wurde. Zudem fanden die traditionellen marxistischen Parteien, deren Führer fast alle europäischer Abstam-

mung waren (um die Jahrhundertwende ließ die Regierung ca. zwei Millionen Menschen aus Europa – vor allem Italien, Irland und Deutschland – einwandern), keinen Zugang zu den Massen des Proletariats kreolischer Herkunft, die im Gegensatz zu den eingewanderten Arbeitern stark nationalistisch waren.

In den Dreißigerjahren gelang es den USA, die Konkurrenten Deutschland und England in Lateinamerika zu verdrängen und sich als führende Macht zu etablieren. In Argentinien putschten 1943 nationalistische Offiziere (unter ihnen Peron), um eine Kriegserklärung gegen Deutschland und damit ein Bündnis mit den USA zu verhindern. Die Anstrengungen Perons, dem amerikanischen Expansionismus zu widerstehen, wurden von sämtlichen anderen politischen Gruppierungen als "peronistischer Faschismus" quittiert. In seinem Kampf gegen den Imperialismus suchte Peron (als Arbeitsminister) die Unterstützung der Volksmassen. Binnen zwei Jahren baute er "von oben" starke einheitliche Gewerkschaften auf, in denen sich 3.500.000 Arbeiter organisierten (vorher hatten sie 250.000 Mitglieder umfaßt) – dies erklärt die Bindung der argentinischen Gewerkschaft an bürgerlich-nationalistische Vorstellungen. Dem peronistischen Arbeitsministerium gelang es außerdem, eine große Zahl sozialer Forderungen durchzusetzen. (Einführung der Sozialversicherung, Regelung der Frauen- und Kinderarbeit, Kündigungsschutz, bezahlter Urlaub, Schaffung von Arbeitsgerichten). Mit diesen zum Teil wirklich fortschrittlichen Errungenschaften gelang es Peron, derartig großen Rückhalt in den Massen zu erhalten, daß diese, als er 1945 nach einem von der US-Botschaft organisierten Putsch abgesetzt und verhaftet wurde, durch spontane Massendemonstrationen seine Entlassung und freie Wahlen erzwangen. Gegen Peron kandidierten die Sozialisten und Kommunisten gemeinsam mit den reaktionären Vertretern der Oligarchie unter der Parole "Für die Demokratie, gegen den Faschismus". Peron wurde mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten gewählt; er stützte sich dabei auch auf die Stimmen der früheren "Radikalen Partei".

Perons Politik, sein dritter Weg, der ein Klassenbündnis zwischen der Nationalbourgeoisie, der Arbeiter-

klasse und den Bauern darstellte, konnte nur solange gut gehen, als Argentiniens Wirtschaft florierte. Dies war in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg der Fall. Durch den Verkauf von Fleisch und Getreide an die Alliierten hatte Argentinien eine sehr positive Zahlungsbilanz. Dies vor allem ermöglichte eine Politik, die sowohl Lohnerhöhungen für die Arbeiter als auch stärkere Profite für die Unternehmer zuließ. Die peronistische Politik basierte auf der Klassenversöhnung, auf der Harmonie der Interessen von Arbeiterklasse und Unternehmern, sie war im Grunde genommen die Ideologie des Feindes im Lager des Volkes. Peron verstaatlichte große Teile der Wirtschaft (Transport- und Finanzwesen, Häfen), ließ aber die Herrschaft des Landbesitzes unangetastet. Die Großagrarien richteten sich aber wegen ihrer politischen Entmachtung gegen ihn.

Als der wirtschaftliche Aufschwung 1952 zu Ende war, mußte sich die peronistische Regierung entscheiden zwischen einem sozialistischen Weg, der die Wahrung der Souveränität bedeutet hätte und dem Eindringen des Imperialismus. Peron öffnete das Land für das US-Kapital, konnte damit aber (da der Imperialismus ja die Ausbeutung des Landes zum Ziel hat) die Krise nicht abwenden, die sich bis 1955 noch in ungeheurem Ausmaß verschärfte. 1955 wurde er durch einen Putsch der Agraroligarchie und der Militärs gestürzt.

#### DER BEITRAG DER MONTONEROS ZUR ENTWICKLUNG DER ARBEITERBEWEGUNG

Die Montoneros gründeten sich im Jahre 1969 als eine kleine Gruppe von jugendlichen militanten Peronisten. Peron unterstützte die Organisation von Beginn an und besonders ab dem Augenblick, als die politischen Möglichkeiten einer Organisation, die zum bewaffneten Kampf bereit war, klar zutage traten.

Dies geschah, als der hauptbeteiligte General am Sturz von Peron 1955, General Arambury, von den Montoneros 1970 entführt wurde und einem spektakulären Volksgericht unterworfen wurde, das ihn zum Tode verurteilte. Mit einem Schlag schlossen sich hunderttausende von Jugendlichen, die zum Großteil die erste Regierungszeit Perons (1946-1955) nur in schwacher Erinnerung hatten,

dieser Organisation an. Schon damals wurde eine der wichtigsten Unterorganisationen, die UTP (Peronistische Arbeiterjugend), gegründet, bestehend aus Arbeitern, die in den Montoneros eine weitaus entschlosseneren Haltung fanden als in den bürokratischen, teils kompromißlerischen, teils korrupten Gewerkschaftsorganisationen. Es sei jedoch festgehalten, daß es fast zur gleichen Zeit auch zur Entstehung von peronistischen Basisgruppen unter der Arbeiterschaft kam, die ihr hauptsächlich Ziel in der Schaffung einer neuen Arbeiterzentrale sahen, der CGT (Gewerkschaft der Argentinier). Einzelne Gewerkschaften wie die Grafiker- und Schuhmachergewerkschaft, auch Gruppen innerhalb der mächtigen Metallarbeitergewerkschaft bildeten zusammen mit den Montoneros den linken Flügel der peronistischen Bewegung. Sie alle profitierten von dem Image, das Peron, der ja zum ersten Mal in der Geschichte Argentiniens die Gewerkschaften massenhaft organisiert hatte, während der Jahre 1970-1972 ihnen verlieh. Sie waren auch maßgeblich daran beteiligt, daß am 15. Mai 1973 der erste Peronist seit siebzehn Jahren, Hector J. Campora, mit 67 Prozent der Stimmen die Macht übernehmen konnte. Bald zeigten sich jedoch die fundamentalen Unterschiede, die zwischen der auf eine Allianz zwischen Bürgertum und Proletariat ausgerichteten Parteistruktur des FREJULI (der Wahlpartei Perons) und den organisierten Basisbewegungen der peronistischen Jugend bestanden. Die einen wollten die Macht von oben unter dem Banner eines argentinischen Nationalismus erringen, für sie war mit der Rückkehr Perons die Sache "geritzt". Sie bestanden deshalb auf dem wirtschaftspolitischen Konzept eines pacto social (Sozialpartnerschaft). Die Montoneros forderten, daß sich der politische Erfolg auch in der ökonomischen Realität der Arbeiterschaft widerspiegeln sollte, daß in allen politischen Entscheidungen des FREJULI die politische Basis zu Wort kommen sollte und daß ein Konzept der Mitbestimmung in den Betrieben realisiert werden sollte. Dies wäre jedoch nicht möglich gewesen ohne die Eliminierung der korrupten Gewerkschaftsböden, wie etwa des Generalsekretärs der CGT Rucci. Nachdem die Gewerkschaftsbürokraten bei der Ankunft Perons am 20. Juni 1973 am

Flughafen Ezeiza ein Gemetzel unter den Montoneros veranstalteten, töteten diese Rucci. Damit war der Auftakt zum "kalten Krieg" zwischen linkem und rechtem Peronismus gegeben, Peron selbst verharnte in monatelangem Schweigen und definierte sich erst endgültig am 1. Mai 1974, indem er die Gewerkschaftsbürokratie in den Himmel lobte und die Jugendlichen, die er noch kurz zuvor als die "juventut gloriosa" (großartige Jugend) bezeichnet hatte, als "blöde Affen" niederschimpfte. Dieser Konflikt innerhalb des Peronismus fand vor allem auch unter der peronistischen Arbeiterschaft seinen Niederschlag. Es kam zu Neugründungen von Organisationen wie der des "Peronismo de base" (Basisperonismus), die sowohl in der Gewerkschaft als auch in den Elendsvierteln massive Unterstützung fanden. Die peronistische Jugend wirkte somit als wertvoller Katalysator, der an seinem eigenem Beispiel Klassengegensätze innerhalb des Peronismus zum Vorschein brachte und der unabhängigen peronistischen Arbeiterbewegung als Geburtshelferin zur Seite stand, was sich vor allem in den Streiks von Propulsora (einem Stahlwerk des Vatikans), Aleman (einem Grafikkonzern in den Händen von Deutschen) u. s. w. ausdrückte.

Bald nach dem Tod von Peron im Juli 1974 wurden die Montoneros verboten. Seit dieser Zeit verstehen sie sich als organisierter und bewaffneter Arm der Arbeiterbewegung und stimmen ihre Aktionen peinlich genau auf das jeweilige Kräfteverhältnis ab. Es ist bezeichnend, daß Entführungsaktionen nur mehr im Zusammenhang mit Arbeiterbewegungen auftauchen. Als Höhepunkt dieser Strategie ist zweifellos das Zustandekommen des Generalstreiks im Juli 1975 zu sehen, der gegen die ausdrückliche Entscheidung des Generalsekretärs des zweitstärksten Gewerkschaftsverbandes zustandekam. Die Basis hatte sich erfolgreich gegen die Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt und erreicht, daß der berüchtigte Faschist Lopez Rega das Land verlassen mußte. Auf diese Strategie stellte sich natürlich auch die Reaktion ein, indem sie die Montoneros bald zum Hauptziel ihrer Angriffe machte. Der soeben stattgefundenen Militärputsch in Argentinien stellt für die Monto-

neros nur eine Fortsetzung einer Repressionswelle dar, die in den letzten drei bis vier Monaten eingesetzt hat.

Für sie selbst sowie für die Basisorganisationen unter der Arbeiterschaft ist es durch den Putsch zu keiner qualitativen Veränderung der Situation gekommen, wohl aber für das Schicksal der Gewerkschaften, da die Repression sich auf weitere Kreise als die direkt politisch militanten ausdehnen wird.

#### DIE REVOLUTIONÄRE GUERILLA - DIE ERP

Die Geschichte dieser Guerillabewegung beginnt mit der Gründung der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) im Jahre 1963. Entstanden ist sie bei Kämpfen der Zuckerarbeiter in Tucuman, der Holzfäller von Santiago de Estero sowie der Arbeiter von Buenos Aires. Die ideologische Ausrichtung ist unterschiedlich; jedoch schon früh beschloß die PRT - beeinflußt durch das revolutionäre Cuba, Che Guevara und Vietnam - sich zu bewaffnen und so die Guerillaaktivitäten zu einem Teil der Ausprägung von Klassenkämpfen zu machen. 1969 definierte sie sich als marxistisch-leninistische Partei, 1973 trat sie aus der IV. Internationale aus.

#### Ziele und Aufgaben der PRT

Die Machtübernahme in Argentinien und ganz Lateinamerika ist nur durch einen revolutionären Volkskrieg möglich, der als langandauernder Krieg nach dem Beispiel Vietnams verstanden wird. Dabei werden alle möglichen Kombinationen von bewaffneter und nicht bewaffneter, legaler und illegaler Auseinandersetzung benutzt. Diese Kämpfe werden von einer Kampfpartei - der PRT - geleitet und koordiniert.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Notwendigkeit eines bewaffneten Volksheeres. 1970 wird es von der PRT aus schon vorher bestehenden Ansätzen (bewaffnete Aktionsgruppen der PRT) gegründet. Die ERP (Revolutionäres Volksheer) entwickelt sich von kleinen bewaffneten Gruppen im Laufe des Prozesses zu einer revolutionären regulären Armee; nach vietnamesischen Muster gilt das Prinzip der kollektiven Führung. Das dritte wichtige Ziel ist die Bildung einer Nationalen Einheitsfront, die von der Arbeiter-

klasse geführt wird und Kleinbourgeoisie, arme Bauern und Bewohner der Elendsviertel integriert. Diese Aufgabe ist nun in Ansätzen verwirklicht: z. B. sind im "Nationalen Koordinationsausschuß gegen Folter und Repression" Jugendorganisationen verschiedener bürgerlicher Parteien, die Montoneros und die PRT/ERP zusammengeschlossen.

Die ERP ist nur kurze Zeit während der Regierung Campora legal, dann wird sie von Peron gleich zwei Tage nach seinem Amtsantritt verboten. Aus ihrer Einschätzung des Peronismus als kapitalistische Staatsform folgt, daß sie eine starke ideologische Auseinandersetzung gegen ihn führte und die sozialistische Revolution für Argentinien propagierte. "Der Sozialismus ist für uns ein aktueller Kampf in Lateinamerika, denn die demokratischen Aufgaben können nicht mehr unter der Herrschaft der Bourgeoisie in Angriff genommen werden". Nach der Rückkehr Perons werden die militärischen Aktivitäten gegen die Regierung eingestellt, weil diese noch das Vertrauen der Bevölkerung besitzt; nur die offensichtlichen Vertreter der Reaktion - das Militär und die Unternehmer - werden auch weiterhin angegriffen, (das zeigt, wie die PRT/ERP den Bewußtseinsstand der Bevölkerung

analysiert, auf ihn eingeht und sich nicht zu blindem Aktionismus hinreißen läßt). In dem Maße, wie der reaktionäre Charakter der peronistischen Regierung deutlich wird, wird auch gegen sie der Kampf wieder aufgenommen (auch die linksperonistischen Guerilleros geben den Waffenstillstand auf). Seitdem hat die ERP den Kampf kontinuierlich fortgesetzt.

Sie beteiligt sich an Massenmobilisierungen aktiv - z. B. wurde zur Bekämpfung der Erhöhung der Elektrizitätstarife in der Provinz Mendoza ein Kampfkomitee gegründet, daß zur Zahlungsverweigerung aufrief. Der Aufruf wurde in der gesamten Provinz befolgt, und es kam zu Demonstrationen und bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Polizei. Sie unterstützt die Kämpfe der Arbeiter (ähnlich den Montoneros bei der Entführung des Mercedes-Managers). Zahlreiche Gefängnisse werden erobert, um Gefangene Guerilleros zu befreien - so wurde Anfang September 1975 bei einem Großangriff auf die Stadt Cordoba



mehrere Gebäude besetzt, Polizei und Militär angegriffen und unter anderem 22 Genossinnen aus einem Frauengefängnis befreit.

#### DAS MILITÄR

In der Geschichte Argentiniens spielt das Militär eine entscheidende Rolle. Es stellt jedoch keine homogene Kaste dar.

Die Politik der verschiedenen Gruppen richtet sich nach ihren ökonomischen Grundlagen. Neben dem einen Teil, der traditionell mit dem argentinischen Großgrundbesitz und den englischen Unternehmen verbunden war, gab es Anfang der 20er Jahre schon einen starken Block oft nationalistischer Offiziere, die unter dem Banner eines unabhängigen Kapitalismus auftraten. Sie bauten zunächst die ersten Niederlassungen der Schwerindustrie auf und gründeten 1920 die "Generaldirektion der militärischen Industrie" (DGFM).

Zum Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern waren die argentinischen Militärs selbst Kapitalisten, nicht bloß deren Verteidiger. Unter Peron, Exponent dieser Strömung, entfaltete sich das Projekt der DGFM vollends. Noch 1973, als Peron aus dem Exil zurückkehrte, beschäftigten die in der DGFM zusammengeschlossenen Unternehmen 13000 Arbeitnehmer, die unter der Leitung von 50 ranghohen Offizieren standen. In zahlreichen anderen Industrien besitzen die Militärs die Aktienmehrheit. Generäle kontrollieren ausländische und inländische, öffentliche und private Unternehmen. Sie arbeiten mit den imperialistischen Monopolen zusammen, die die Militärs mit halbfertigen Produkten beliefern. Wer diese "Ehe" stört, wird ausgeschaltet. Somit wird Argentinien durch einen militärisch-industriellen Komplex beherrscht, der eng mit dem

Imperialismus zusammenarbeitet.

Diverse Militärabkommen mit anderen latein- und nordamerikanischen Staaten bilden eine Art lateinamerikanische NATO unter Leitung des Pentagon. Obwohl bereits nationale Rüstungsindustrien aufgebaut werden, werden die militärischen Kader in Argentinien noch immer von US-amerikanischen Kriegsschulen ausgebildet. Wie gespalten die militärische Kaste Argentiniens jedoch ist, zeigte sich nach 1955, als General Aramburo gegen Peron putschte und die Militärs achtzehn Jahre lang verschlissen wurden. 1973 setzten sich die Offiziere durch, die für eine Rückkehr Perons plädierten, um die von der Arbeiterbewegung verursachten "Schwierigkeiten" zu bewältigen. In Geheimverhandlungen waren schon am 17. November 1972 die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Politik abgesteckt und die taktische Vorgangsweise festgesetzt worden. Nun konnte das Militär einen taktischen Rückzug auf sichere Stellungen vollziehen, um sich neu zu formieren und im Kampf gegen die Linke allmählich mehr Einfluß zu gewinnen. Vom rechten Flügel wurden unter Anleitung des CIS paramilitärische Gruppen und Banden wie die AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) aufgebaut, die besonders auf die Unterstützung der peronistischen Rechten zählen konnten. 1973 werden nur scheinbar die repressiven Gesetze abgeschafft: das Gesetz der "Nationalen Verteidigung", Grundlage der Repression, bleibt bestehen. Es gestattet die militärische Kontrolle über die Bevölkerung, Verhängung des Kriegsrechts, beschleunigte Verurteilung verdächtiger Personen. Der nationale Sicherheitsrat, der die Repression koordiniert, wird im August 1973 wieder eingesetzt, zentralisiert und der Kontrolle des Militärs unterstellt. Seitdem sind alle Nachrichten- und Sicherheitsdienste, Polizei- und Gendarmereistellen unter militärischem Oberbefehl. Auch die irregu-

lären Truppen und rechtsextremistischen Banden werden zum Teil von faschistischen Offizieren geführt. Bereits zu Lebzeiten Perons zeichnete sich diese Entwicklung ab. Seit seinem Tod haben die Militärs jedoch Schritt für Schritt ihre Macht weiter ausgebaut. Isabel Peron wurde zu einer Strohputzen-Präsidentin, die nichts als den Schein der Verfassung aufrechtzuerhalten hatte.

Trotz brutalstem Terror und Repression entwickelte sich die Arbeiterbewegung in Argentinien, schuf neue Organisationen und griff entscheidend in die politische Situation ein.

Zunächst schien der Machtkampf zwischen dem rechtsextremen Lopez Rega und der korrupten Gewerkschaftsspitze noch unentschieden, doch nach dem Generalstreik im Sommer 1975 mußte Lopez Rega gehen. Auch die Militärs hatten darauf bestanden.

Seitdem mußte Isabel Peron eine Demütigung nach der anderen hinnehmen. Der Putschversuch der Luftwaffe im Dezember 1975 zeigte endgültig ihre Schwäche: Nach Verhandlungen einigten sich die Putschisten mit den anderen Vertretern des Militärs, den Putsch aufzuschieben. Der bisher politisch undefinierte General Videla übernahm den militärischen Oberbefehl, den bis dahin der peronistische General Anaya innegehabt hatte.

Am 24. März übernahm Videla auch offiziell die Staatsmacht - auf Drängen des militärisch-industriellen Komplexes in Argentinien und maßgebender Finanzkräfte des Auslands. Er verhaftete Isabel Peron und sagte allen "extremistischen" Kräften den Kampf an.

Dadurch wurden die rechtspereonistischen Kräfte derart geschwächt, daß ihr Wiederaufleben unmöglich erscheint. Der augenblickliche Kampf spielt sich dort ab, wo die Arbeiterbewegung und die sie unterstützenden Kräfte mit dem repressiven Militärregime zusammenstoßen.

ges wird in Asunción beim Verkauf der Kirchenzeitung "Sendero" festgenommen und wenige Tage darauf seinen Angehörigen zu Tode geprügelt übergeben. Ende April findet man in verschiedenen Stadtteilen Asuncións verstümmelte Leichen in den Straßen.

Am Land nimmt der Terror ungeheure Ausmaße an; in den südlichen und zentralen Provinzen des Staates kommt es zu Massenverhaftungen, die sich im allgemeinen so abspielen: Die Polizei besetzt ein Dorf, treibt alle Einwohner – Männer, Frauen und Kinder – unter Gewaltanwendung auf bereitgestellte Lastautos oder Viehtransporter und führt die Gefangenen nach Asunción oder in die Provinzhauptstadt. Teilweise werden die Verhafteten zu Zwangsarbeit auf den Feldern höherer Offiziere herangezogen, so etwa 600 Campesinos im Gebiet von Coronel Oviedo. Wieder freigelassene Inhaftierte bestätigen, daß die Polizei der Zahl der Verhafteten organisatorisch nicht mehr gewachsen ist: die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser funktioniert nicht oder nur sehr schlecht, die Verhafteten erhalten oft tagelang kein Essen; die Verhöre und Folterungen werden großteils planlos und je nach Laune und Kraft der Polizisten durchgeführt. Die im paraguayischen Unterdrückungssystem übliche Sippenhaft bei politisch Verdächtigen erhöht die Zahl der Gefangenen weiter. Nach Aussagen eines Polizeioffiziers kommt es zur Füsillierung aller Gefangenen, bei denen es erwiesen sei, daß es sich um Kommunisten handle, um etwas mehr Platz zu schaffen...

Die Verhaftungswelle macht auch vor bekannten Persönlichkeiten des Erziehungssektors (Mittelschul- und Hochschulprofessoren) und vor Mitgliedern der Regierungspartei nicht halt, doch wurden die Vertreter der beiden offiziellen Oppositionsparteien, der liberalradikalen und der liberalen Partei, auffallenderweise bis jetzt noch nicht davon berührt.

In den Botschaften Deutschlands, Mexicos und Perus befinden sich Asylwerber; eine Flucht ist jedoch schwierig, da alle Botschaften und Botschaften und Residenzen unter strenger Bewachung stehen und die Namen aller Besucher notiert werden.

#### POLITISCHER KONTEXT UM 1976

Die Frage nach den Hintergründen dieser letzten Repressionswelle in

Paraguay bringt uns auch zu einer Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage im Land. Die Existenz dieser Repression beweist auf jeden Fall das Bestehen aktiver demokratischer Kräfte und oppositioneller Strömungen, die die Unterdrückungswellen Ende 1974, als mindestens 500 Mitglieder der offiziellen Staatspartei festgenommen wurden, und Ende 1975 überstanden hatten. Unklar sind allerdings die Umstände, die zu dieser Repression geführt haben. Besteht nun diese OPM (Organización política militar; nach offiziellen Angaben eine aus acht Zellen mit je etwa 25 Personen bestehende Terroristengruppe, die Waffen von argentinischen Extremisten erhalten haben) tatsächlich oder ist sie eines der zahlreichen von der Polizei konstruierten Komplote, um eine neue Verhaftungswelle zu rechtfertigen? Die Beantwortung dieser Frage ist natürlich schwierig, doch erscheint die offizielle Angabe, daß ein ausländischer Priester (der spanische Jesuit Miguel Sanmartí) an der Spitze dieser Organisation stehen soll, auf jeden Fall mehr als zweifelhaft.

Glaubwürdiger ist wohl die Annahme, im Militärputsch vom 24. März in Argentinien, der vielen dort lebenden Exilparaguayos die rechtliche Grundlage ihres Aufenthaltes entzog und sie zur Rückkehr in ihr Heimatland veranlaßte, und in dem Plan der Kommunistischen Partei, aus dem argentinischen Exil zur Basisarbeit nach Paraguay zurückzukehren, auslösende Faktoren für die jüngste innenpolitische Entwicklung zu sehen. Gleichzeitig dürfte Stroessner durch die Verbindung dieses Elements (Gefahr durch die PCP und zurückgekehrte Exisparaguayos) mit kirchlichen Organisationen (Priester als Terroristen und Kommunisten) und den unabhängigen Bauernbewegungen sowie damit zusammenhängenden Entwicklungsorganisationen dem Erstarken der Campesinobewegung entgegenzutreten wollen, um so in einem Streich alle möglichen oppositionellen Kräfte im Land zu zerschlagen.

Dazu kommen vermutlich noch parteiinterne Schwierigkeiten, die Stroessner wegen einer für seine neuerliche Kandidatur bei den Wahlen 1978 notwendigen Verfassungsänderung und wegen der wachsenden Abhängigkeit Paraguays von Brasilien erwachsen sein könnten. Diese Abhängigkeit

steht im Zusammenhang mit dem riesigen Kraftwerksbau von und mit der zunehmenden unkontrollierten Einwanderung brasilianischer Siedler nach Paraguay – es ließen sich bereits mindestens 100.000 solcher Siedler auf paraguayischem Gebiet nieder. Der Artikel 18 des Vertrages von Itaipu gibt dem brasilianischen Heer das uneingeschränkte Recht, jederzeit auf paraguayischem Territorium zu agieren, wenn sich in irgendwelcher Hinsicht Gefahr für das Kraftwerk ergebe. Es läßt sich wohl unschwer vorstellen, wie leicht so eine Gefahr für das Kraftwerk konstruiert werden kann, um den Einmarsch brasilianischer Truppen in Paraguay zu rechtfertigen. Vor allem dieser Ausverkauf an die Expansionsinteressen des übermächtigen Nachbarn hat in einigen nationalistischen Kreisen, besonders in den Streitkräften, Unruhe und Ablehnung hervorgerufen – es läßt sich aber nicht absehen, ob von dieser internen Opposition her dem diktatorischen Machtanspruch General Stroessners ernsthafte Gefahr erwachsen könnte.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage kann wohl nicht als auslösendes Moment für die harten Unterdrückungsmaßnahmen angesehen werden, da Paraguay schon seit vielen Jahren neben Haiti und Bolivien zu den rückständigsten und ärmsten Ländern Lateinamerikas zählt und das chronische Zahlungsbilanzdefizit seit langem durch riesige Zuflüsse US-amerikanischen und brasilianischen Kapitals abgedeckt wird. Aber natürlich ist das allgemeine Elend der Bevölkerung der Grund für die weitverbreitete Unzufriedenheit und das Bestehen oppositioneller Strömungen.

In Paraguay besitzen knapp mehr als zwei Prozent der Bevölkerung alle Produktionsmittel und 75 Prozent allen Landes; die Mittelklasse zählt etwa 10 Prozent, während der Rest in völliger Armut lebt. 7 000 Kinder unter 12 Jahren betteln in den Straßen von Asunción, während für Militär und Polizei mehr als die Hälfte des Budgets aufgewendet wird (und für das Landbauministerium 2 Prozent!) Offene und verborgene Arbeitslosigkeit ist sehr verbreitet; außerhalb der Hauptstadt gibt es so gut wie keine ärztliche Versorgung. Unter diesen Umständen ist es wohl nicht verwunderlich, wenn General Stroessner sein Volk, um dessen Ruhe und Frie-

den er sich eigenen Angaben nach so sehr sorgt, nur mit den geschilderten Methoden beherrschen kann.

In diesem Zusammenhang erscheint ein Aufruf, den der paraguayische Innenminister kürzlich im Sinne seines Präsidenten an das Volk richtete, bezeichnend für die Atmosphäre und die offizielle Moral in diesem Land:

"Der Innenminister ersucht das Volk um umfassende Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften, um zu vermeiden, daß der mit so vielen Opfern erkämpfte Frieden der Republik nicht von einigen vom Ausland bezahlten und gelenkten Terroristenorganisationen gestört werde. Jede Art von Verschleierung oder gar Kompliz

zenschaft mit den Übeltätern wird strengstens bestraft, und die Nationalregierung wird keinen einzigen Moment ruhen, um das Wohl der Bevölkerung und der im Land herrschenden demokratischen Institutionen zu schützen."

ABC Color, 8. April 1976

# offensiv links<sup>★</sup>)

Es handelt sich hier um Berichte, die vom Leser handeln - denn er ist der Handelnde - oder er wird gehandelt wie ein Stück "objektive" Nachricht - im Betrieb und in der Ausbildung, in den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung schafft er seinen eigenen Bericht - und davon handelt diese Zeitung.

Erscheint 10-12mal im Jahr, Abo öS 50, DM 10.

Bestellungen an den Vertrieb in:  
A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

★) In Zeiten der Sozialpartnerschaft:  
...das Kleingedruckte lesen!

## Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME .....

ADRESSE .....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50, - (inkl. Porto)  
für das Ausland: S 50, - (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

# links club

Wien 2, Odeongasse 1  
Eingang: Große Mohrengasse  
Telefon: 24 70 402  
Geöffnet ab 19 Uhr \*  
Programmbeginn um 19 Uhr 30

\* Jeden  
Freitag  
und  
Samstag

# Paraguay: zur gegenwärtigen Lage

In Paraguay, dem kleinen südamerikanischen Binnenland, dessen Bevölkerung zu einem Viertel aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen im Ausland lebt, kommt es seit Anfang April dieses Jahres zu einer Unterdrückungs- und Verhaftungswelle, die von vielen Beobachtern als die härteste und umfangreichste in der 22jährigen Diktatur General Stroessners betrachtet wird, vergleichbar höchstens mit der Repressionswelle Ende der 50er Jahre. Diese Verstärkung des politischen Terrors von Seiten der Polizei und Militärpolizei richtet sich gegen alle potentiell oppositionellen Sektoren der paraguayischen Bevölkerung und hat sich besonders die Vernichtung der Organisationskerne der katholischen Bauernbewegung (movimiento campesino), der unabhängigen Partei Paraguays (PCP) zum Ziel gesetzt. Auch alle Organisationen, die beabsichtigen, durch aufklärende Erziehung auf sozialem und ökonomischem Gebiet und allgemeine Bewußtseinsbildung das Schicksal jener gut achzig Prozent der Bevölkerung, die in elender Armut leben, zu verbessern, sind von dieser neuesten Repressionswelle betroffen. Es handelt sich bei letzteren vor allem um Erziehungsinstitutionen und internationale Hilfswerke meist christlicher Herkunft wie die nordamerikanische Friendship Mission, das deutsche "Brot für die Welt" und ähnliche caritative Organisationen, deren Mitglieder verhaftet und eingesperrt werden.

Bevor wir uns mit den Hintergründen dieser Unterdrückungsmaßnahmen beschäftigen, wollen wir die Ereignisse der letzten Monate im einzelnen näher betrachten.

Eigentlich kann man den Beginn dieser Repressionswelle schon in den November und Dezember 1975 zurückverlegen, als etwa 200 Menschen verhaftet wurden oder verschwanden. Spektakulärste Aktion war damals die Liquidierung des Marandu-Projektes der Katholischen Universität in Asunción und die Verhaftung des Leiters und mehrerer Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppe. Das Projekt Marandu war im Juli 1974

mit paraguayischer und internationaler Unterstützung gestartet worden mit dem Ziel, die indianische Bevölkerung über Gesundheitswesen, Bürgerrechte usw. aufzuklären und die Öffentlichkeit über die Lebensbedingungen und Traditionen der Indios zu informieren. Die Unterstützung dieses Projektes wurde begleitet von einer Reihe von repressiven Maßnahmen gegen die friedliche Bauernbewegung wie die Ligas Agrarias, eine christlich gesinnte genossenschaftliche Bewegung unter der armen Landbevölkerung, die zu Beginn der sechziger Jahre ins Leben gerufen wurde. Ganze Dörfer wurden vom Militär besetzt, wobei zur Einschüchterung der Bevölkerung oft alle Bewohner festgenommen und nach Asunción gebracht wurden.

Manche glaubten, die massiven Verhaftungen wären bloß eine Präventivmaßnahme zum Besuch des brasilianischen Präsidenten Geisel im Dezember vergangenen Jahres, doch kommt es in der Folge sogar noch zu einer Ausweitung des Terrors der staatlichen Repressionskräfte, der dann Anfang April 1976 unter dem Vorwand, eine terroristische Untergrundbewegung entdeckt zu haben, vollends entfesselt wird. Während Anfang dieses Monats zahlreiche Campesinos in der Provinz Misiones verhaftet und zum Teil an Ort und Stelle grausam mißhandelt werden, kommt es in der Hauptstadt Asunción am 5. April zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall: Polizeieinheiten umzingeln in den Morgenstunden ein Haus, in dem sie die Führer einer offiziell als OPM (Organización política militar) bezeichneten Guerillagruppe vermuten. In einem den ganzen Vormittag andauernden Schußwechsel kommen zwei der Hausinsassen ums Leben, darunter Juan Carlos Da Costa, ein 29-jähriger Kunstkritiker und Intellektueller, der von der Polizei als einer der Führer der OPM bezeichnet wird. Als weiteren Leiter dieser sogenannten politisch-militärischen Organisation nennt der Innenminister in einem am 7. April veröffentlichten Komunique den spanischen Jesuitenpater Miguel Sanmartí und ruft die Bevöl-

kerung zu seiner Ausforschung auf - dieser befindet sich jedoch nachweislich seit den ersten Jännertagen d.J. bei seinem Orden in Barcelona.

Am 8. April besetzt die Polizei das Colegio Cristo Rey, dessen Leitung von der Regierung erst vor wenigen Monaten den Jesuiten entzogen worden war; alle Schüler müssen sich mit erhobenen Händen an die Wand stellen und werden untersucht, Professoren werden verhaftet, einige davon des Landes verwiesen; der Leiter der Schule verläßt Paraguay freiwillig.

Seit diesem Zeitpunkt häufen sich die willkürlichen Hausdurchsuchungen und Überfälle. In Asunción werden das Priesterseminar und ein Wohnheim der Jesuiten besetzt, wobei Priester und Schüler verschleppt werden. Die staatlichen Repressionskräfte dringen auch in ein Büro der paraguayischen Bischofskonferenz (CEP, höchstes ständiges Organ der katholischen Kirche Paraguays) ein und entfernen dort Material über katholische Bauernbewegungen.

Die Willkürakte der Sicherheitsbehörden in der Stadt und am Land kennen nun keine Grenzen mehr. Zahlreiche Priester werden verhaftet, vor allem Jesuiten, was den Jesuitengeneral Pedro Arrupe in Rom am 10. Mai zu einem Protest gegen die schwere Verletzung der Menschenrechte in Paraguay veranlaßt. Scharfe Proteste aus dem Ausland verursacht auch die Festnahme von Mitarbeitern internationaler Entwicklungsprojekte in Paraguay wie etwa der PROMURI (Promoción urbana, rural, indígena) der nordamerikanischen Friendship Mission (vom Verteidigungsminister als vom internationalen Kommunismus fast völlig unterwandert bezeichnet), die sich mit der Kommerzialisierung der Agrarprodukte unabhängiger Bauerngemeinden befaßt. Der einlands nach Asunción gereiste Präsident der United Christian Missionary Society erreicht zwar zusammen mit dem dortigen US-Botschafter die Freilassung der beiden Direktoren der Friendship Mission, doch nicht die der verhafteten Mitarbeiter dieser Organisation.

Die Polizei ergeht sich oft in Aktionen sinnloser Grausamkeit: In Santa Rosa, Provinz Misiones, wird ein Bauer vor den Augen seiner Familie mißhandelt und dann mit einer Machete enthauptet. Ein alter Invalide des Chago-Krie-

# Diskussion zur 'Rolle der kommunistischen Parteien...' (Paul Herrmann, Aspekte 60)

EINE NOTWENDIGE ANTWORT

"Aspekte" Nr. 60 vom März 1976 bringen einen Artikel: "Zur Rolle der Kommunistischen Parteien oder Leninismus und Sozialdemokratismus als feindliche Brüder", verfaßt von Paul HERRMANN. Die Redaktion der "Aspekte" stellt diesen Artikel in "den Rahmen der Diskussion zum kommenden Bundeskongreß der Bewegung für Sozialismus", was einigermaßen überrascht, denn der Artikel stellt wesentliche Punkte der im März 1973 beschlossenen "Grundsätze der Bewegung für Sozialismus" in Frage. Unter anderem verneint er z. B. eine so programmatische Frage wie die der Notwendigkeit der revolutionären Partei. Nun wird in der gleichen Ausgabe der "Aspekte" die vorläufige Tagesordnung der für Juni vorgesehenen Konferenz der Bewegung für Sozialismus veröffentlicht. In dieser Tagesordnung findet sich aber kein Punkt, der auf eine programmatische Diskussion hinweisen würde. Offen bleibt daher, welche Funktion also der Artikel von P. Herrmann haben soll. Wie dem auch sein mag, der Artikel fordert eine Antwort heraus, weil er Konfusion stiften kann, anstatt den Klärungsprozeß zu fördern. Der folgende Beitrag versucht, diese Antwort vom revolutionär-marxistischen Standpunkt zu geben.

Beginnen wir mit der Charakteristik der Leninschen Politik, die P. Herrmann gibt. Wie sah diese Politik aus? fragt er. Antwort: "Wie der unterentwickelte Charakter des Landes, in dem sie gemacht wurde", also des zaristischen Rußland, dessen Rückständigkeit lediglich nach der bürgerlichen Revolution verlangte. "Die bürgerliche Revolution stand auf der Tagesordnung, nicht die sozialistische", schreibt P. Herrmann. Und weiter:

"Und was die Bolschewiki machten und machen mußten, war eine bürgerliche Revolution". Diese wurde allerdings für eine sozialistische "ausgegeben", was "böse Folgen haben sollte", meint er.

Rufen wir uns in Erinnerung, daß anfang des Jahrhunderts innerhalb der russischen Sozialdemokratie eine entscheidende Diskussion lief. Es ging um die Frage des Charakters der kommenden Revolution. Die Menschewiki sahen eine bürgerliche Revolution voraus: ihrer Ansicht nach standen nach dem Sturz des Zarisismus durch die Revolution bürgerliche Aufgaben auf der geschichtlichen Tagesordnung. Hingegen vertraten die Bolschewiki die Ansicht, daß sich dem siegreichen Proletariat in der ersten Etappe bürgerliche Aufgaben stellten, die Dynamik des revolutionären Prozesses jedoch im weiteren Verlauf die sozialistischen Aufgaben auf die Tagesordnung stellten würde. Während also die Menschewiki dem Proletariat die Rolle der Hilfskraft für die Bourgeoisie zudachten, der es die Bahn für eine bürgerliche Entwicklung freifegen sollte, erkannten die Bolschewiki, daß die russische Bourgeoisie bereits unfähig geworden war, ihre eigene Revolution zu machen – aus Furcht vor dem Proletariat. Diese Aufgabe fiel bereits dem Proletariat zu, das nach seinem Sieg von den bürgerlichen Aufgaben zu den eigentlich sozialistischen voranschreiten mußte. Dieser historischen Situation entsprach Trotzki's 1905 entwickelte Theorie der permanenten Revolution: in den kapitalistisch entwickelten Ländern geht das siegreiche Proletariat unmittelbar an die Lösung der sozialistischen Aufgaben heran, während es in den rückständigen Ländern durch seine Revolution zunächst die bürgerlichen Aufgaben, die zu lösen die Bourgeoisie bereits unfähig geworden ist, löst und sodann zur Lösung der sozialistischen Aufgaben übergeht. Hier steht also das Pro-

letariat vor einer "kombinierten" Aufgabe. Ausgangspunkt ist stets der international erreichte Stand der Entwicklung der Produktivkräfte: der Kapitalismus war um die Jahrhundertwende in sein höchstes Stadium, in das des Imperialismus, gelangt, das gleichzeitig die sozialistische Revolution auf die geschichtliche Tagesordnung stellte.

"Die sozialistische Revolution kann nur von den entwickelten Industriestaaten ausgehen", schreibt P. Herrmann. Damit will er sagen, daß in den rückständigen Ländern eben nur die bürgerliche Revolution zulässig sei, nicht die sozialistische. Er geht hier nicht vom internationalen, sondern vom engen nationalen Horizont aus und versteht nicht, daß in der imperialistischen Epoche – gleichzeitig Epoche der proletarischen Revolution – das Proletariat in seiner Revolution vorerst die bürgerlichen Aufgaben, die es in den rückständigen Ländern vorfindet, löst und sodann zur Lösung der sozialistischen Aufgaben voranschreitet. Er bleibt im Schema stecken: hier entwickelte kapitalistische Länder, daher sozialistische Revolution; hier rückständige Länder, daher bürgerliche Revolution. Die Geschichte hat jedoch die sozialistische Revolution international auf die Tagesordnung gestellt und die Arbeiterklasse in den rückständigen Ländern vor eine kombinierte Aufgabe gestellt: nach ihrem revolutionären Sieg von der Lösung der bürgerlichen Aufgaben zur Lösung der sozialistischen voranzuschreiten.

Daß die Revolution 1917 in Rußland ausbrach, entsprang der Tatsache, daß es eines der schwächsten Kettenglieder der imperialistischen Kette war. Ferner hatte es 1905 bereits eine "Generalprobe" der Revolution erlebt. Aber mit Kriegsende 1918 brach die Revolution auch in Deutschland, Österreich usw. aus, also in Ländern, die keineswegs so wie das zaristische Rußland als rückständig anzusehen waren. Der Zusammenbruch machte sie aber ebenso zu den "schwächsten Kettengliedern"! Bemerkenswert muß werden, daß P. Herrmann zwar von Österreich spricht, einem "rückständigen Land", in welchem seiner Meinung nach lediglich die bürgerliche Revolution am Platz war, aber kein Wort von Deutschland sagt, von den revolutionären Kämpfen, die es bis 1923 erlebte.



Zählt er Deutschland auch zu den Ländern, wo lediglich die bürgerliche Revolution fällig war? Die Wahrheit ist: es paßt nicht in sein Schema.

Kehren wir einen Moment zur eingangs angeführten Diskussion in den Reihen der russischen Sozialdemokraten nach der Jahrhundertwende zurück, fassen wir die Scheidung der Geister, die sie herbeiführte, ins Auge! Mit seiner Ansicht, in Rußland sei 1917 nicht die sozialistische, sondern die bürgerliche Revolution fällig gewesen, befindet sich P. Herrmann in Gesellschaft der Menschewiki, also der Sozialdemokraten. Das gilt auch für Österreich, wo auch, wie er schreibt, "die bürgerliche Revolution erst 1918 von der Arbeiterklasse und gegen den Willen der bürgerlichen Klassen durchgeführt wurde", wie das auch in Rußland der Fall gewesen sei. Offenbar ist P. Herrmann der Ansicht, daß die österreichischen Arbeiter (wie die russischen usw.) damals "übers Ziel geschossen" hätten, wenn sie Arbeiter- und Soldatenräte geschaffen, zu revolutionären Massenaktionen usw. schritten, um mit der bürgerlichen Herrschaft Schluß zu machen und zum Sozialismus vorwärtszugehen entschlossen waren. Nicht mangels der objektiven Reife der Situation für die sozialistische Revolution erreichten die Arbeiter 1918 nicht ihr Ziel, sondern weil

a) die Sozialdemokratie die Bourgeoisie, ihre Herrschaft rettete, indem sie sich gegen die Revolution wendete,

und weil

b) die revolutionäre Partei noch keine genügend große Erfahrung besaß, um den sozialdemokratischen Verrat zu durchkreuzen.

In Deutschland, Österreich usw. handelte es sich, wie Trotzki sagt, um "geköpfte proletarische Revolutionen", und nicht um bürgerliche Revolutionen, deren Sieg sozusagen unvermeidlich war, wie P. Herrmann uns weismachen will.

Wiederholen wir: wenn P. Herrmann behauptet, daß 1917, 1918, in Rußland, Österreich, usw. die bürgerliche Revolution auf der geschichtlichen Tagesordnung gestanden ist, daß es also sträfliche Illusion gewesen sei, den Kampf für die sozialistische Revolution zu führen, dann gibt

er den Menschewiki, den Sozialdemokraten recht, die das den Arbeitern damals und auch heute noch sagen!

Gibt den Sozialdemokraten recht, die damals mit allen Mitteln, einschließlich Gewalt, jede Aktion der Massen, die über den bürgerlichen Rahmen in Richtung Sozialismus hinausging, bekämpften! In die Rechtfertigung der verräterischen Politik der Menschewiki, der Sozialdemokratie, die überall damals die Revolution – außer in Rußland – zur Niederlage verurteilte, mündet also die Auffassung P. Herrmanns. Sicherlich ungewollt, aber eine solche "linke" Rechtfertigung des sozialdemokratischen Verrats ist deshalb um nichts besser!

Aber es handelt sich doch nicht bloß um eine Frage der "fernen" Vergangenheit! Wie steht es denn heute mit Portugal, mit Spanien? P. Herrmann wird doch wohl nicht bestreiten, daß in beiden Ländern noch genug Fragen vorliegen, die anderswo die bürgerliche Revolution gelöst hat. Welche Revolution steht also heute in Portugal, in Spanien auf der Tagesordnung? P. Herrmann kann doch beide Länder nicht in den Kreis der "entwickelten Industriestaaten" aufnehmen, in welchen nach seiner Auffassung erst eine sozialistische Revolution zulässig ist. Daher müßte er in beiden Ländern für die "Durchführung" oder "Vollendung" der bürgerlichen Revolution eintreten – auf keinen Fall aber für die sozialistische Revolution. P. Herrmann muß hier klar antworten: Tritt er in Portugal, in Spanien, für die sozialistische Revolution (die "im Vorbeigehen" die bürgerlichen Aufgaben löst) ein, dann wirft er seine eigene "Theorie" über den Haufen. Oder er bleibt bei seiner Ansicht, daß es um die "Durchführung" und "Vollendung" der bürgerlichen Revolution geht, weil es sich ja nicht um "entwickelte Industriestaaten" handelt: dann befindet er sich in Gesellschaft von SP- und KP-Bürokratie, die sich auf ihre Art anstrengen, die Arbeiter von der sozialistischen Revolution abzuhalten... direkt wie die SP-Bürokratie, indirekt wie die KP-Bürokratie mit ihrer "Theorie" der Etappe der "fortgeschrittenen Demokratie"...

Lenin, die Bolschewiki, waren sich der Gefahren durchaus bewußt, die sich für die Oktoberrevolution, für den aus ihr hervorgegangenen Sowjetstaat, ergeben würden, wenn sich die

Revolution nicht rechtzeitig auf entwickelte kapitalistische Staaten, wie z.B. Deutschland, ausdehnen, also auf internationaler Ebene vorankommen sollte. Lenin: "Die deutsche Revolution ist tausendmal wichtiger als unsere." Die Verratspolitik der Sozialdemokratie, die das kapitalistische Regime rettete, die Unerfahrenheit der jungen kommunistischen Parteien, die zu Niederlagen führte, waren Ursachen der Isolierung des ersten Arbeiterstaates. Aus dieser erwuchs das Erstarken der Sowjetbürokratie, deren Exponent Stalin wurde.

Wenden wir uns einem weiteren Abschnitt des Artikels von P. Herrmann zu, dem keine geringere aktuelle Bedeutung zukommt. Der Leninismus ist für P. Herrmann "die bürgerliche Revolution der Zuspätgekommenen". Das klinge, meint er, "noch in vielen Ohren ketzerisch", doch habe "die Entwicklung der letzten Jahrzehnte diese Theorie bestätigt". In Rußland, China, Jugoslawien, Kuba, Indochina, Angola, usw. hätten "leninistische Bewegungen", also die bürgerliche Revolution, gesiegt. Also nicht etwa sozialistische oder Übergangsregimes zu diesen Revolutionen. "In allen entwickelten Industriestaaten blieb ihnen (den "leninistischen Bewegungen") der Erfolg versagt", stellt P. Herrmann fest. Überall dort aber, wo die "leninistischen Bewegungen" siegten, entstanden – als Resultat der "bürgerlichen Revolution der Zuspätgekommenen" – kapitalistische Staaten und zwar in der spezifischen Struktur von "staatskapitalistischen" Regimes, die laut P. Herrmann eine neue "herrschende Klasse", die Bürokratie, aufweisen. Ausdrücklich stellt er fest, daß es falsch sei, von der Sowjetunion "und den mit ihr verbündeten Staaten" als von "Übergangsgesellschaften" oder "deformierten Arbeiterstaaten" zu sprechen. "Ihre Entwicklung läuft parallel zur kapitalistischen, sie folgt ihr nicht", meint er. An einer anderen Stelle seines Artikels unterstreicht er, daß es sich bei der Sowjetunion, China usw. usw., "um keine sozialistischen Staaten" handelt.

Zwar bezeichnet P. Herrmann an einer Stelle "den Sieg leninistischer Parteien in der Dritten Welt – zu der 1917 auch Rußland gehörte –", als

"notwendig und historischen Fortschritt". Er schließt aber sofort an: "Aber wie die Träger der bürgerlichen Revolution im Westen durch die Dialektik der Geschichte von fortschrittlichen zu reaktionären Kräften wurden, so gilt das auch für die Vertreter des Staatskapitalismus". Die Sowjetbürokratie, die Bürokratie der anderen "staatskapitalistischen" Staaten, sind "reaktionäre Kräfte" nach P. Herrmann.

Also zerfällt die aktuelle entwickelte Staatenwelt für ihn in zwei Gruppen: in die Gruppe der "klassisch-kapitalistischen" Staaten (wie England, Frankreich usw.) und in die Gruppe der "staatskapitalistischen" Staaten (wie Sowjetunion, China, usw.).

Hier gelangen wir nun zu einer Kardinalfrage, die P. Herrmann an keiner Stelle seines Artikels aufwirft oder auch nur streift. Es ist das die Kriegsfrage. Sicherlich, ein Atomkrieg droht heute beide Lager und die ganze Menschheit zu vernichten. Das heißt aber durchaus nicht, daß heute und hier eine politische Tendenz, die ernst genommen werden will, die Frage nach ihrer Stellung zu den beiden Lagern im Falle eines lokalen oder allgemeinen Krieges ohne klare Antwort lassen kann und darf. Hier die Fragen, die sich also stellen:

Welche Haltung nimmt P. Herrmann im Fall eines bewaffneten Konfliktes, eines lokalen oder allgemeinen Krieges zwischen den beiden Blöcken ein? Wird er auf beiden Seiten unterschiedslos für den revolutionären Defaitismus eintreten?

Oder gibt es für ihn einen Unterschied zwischen den beiden Seiten, also zwischen dem "klassisch-kapitalistischen" Block auf der einen, und dem "staatskapitalistischen" Block auf der anderen Seite, hinsichtlich der Stellung zum Kriege?

Konkret gesprochen: Wird er den Arbeitern auf der Seite des "staatskapitalistischen" Blocks empfehlen, die Grundlagen des Regimes gegen den Angriff des "klassisch-kapitalistischen" Blocks, des "imperialistischen Kapitals", wie er an anderer Stelle sagt, zu verteidigen - bei Aufrechterhaltung der re-

volutionären Kritik an diesem "staatskapitalistischen" Regime? Und wird er den Arbeitern in den "klassisch-kapitalistischen" Ländern im Unterschied hierzu - das unveränderte Festhalten am revolutionären Defaitismus vorschlagen?

Niemand kann bestreiten, daß auf diese kardinalen Fragen klar und eindeutig geantwortet werden muß. Nochmals: was die klassisch-kapitalistischen Staaten anbelangt, bleibt im Fall des von ihnen geführten imperialistischen Krieges der revolutionäre Defaitismus, der auf die Niederlage der eigenen Bourgeoisie abzielt, voll aufrecht.

Was jedoch die von P. Herrmann als "staatskapitalistisch" qualifizierten Staaten, also die UdSSR, China, Kuba, Jugoslawien, usw. betrifft, so treten revolutionäre Marxisten für die Verteidigung der Grundlage dieses Regimes gegen den Imperialismus, gegen das "imperialistische Kapital", wie P. Herrmann

#### ZU PAUL HERRMANN

Natürlich war der Ausspruch von Kissinger, in zehn Jahren werde Europa "marxistisch" sein, weitgehend als demagogisches Schreck- und Druckmittel gedacht. Aber daß ein solcher Ausspruch überhaupt möglich war und vom bürgerlichen Europa durchaus nicht als lächerlich abgetan wurde, ist ein Indikator dafür, wie tief die Krise des Kapitalismus heute ist. Es handelt sich dabei nicht um eine rein ökonomische Krise (die sich wieder abschwächen, sich aber auch verschärfen kann), sondern gleichzeitig um eine politische und ideologisch-moralische. Das ist in der BRD und in Österreich allerdings weniger spürbar als in den Mittelmeerländern und in England. In einer solchen Situation ist es für die Linke offensichtlich notwendig, vorhandene politische Strömungen zu prüfen und ihre realen Möglichkeiten (die man ja auch beeinflussen kann) abzuschätzen und nicht einfach auf Perspektiven auszuweichen, für die es zur Zeit keine oder nur geringe Ansatzpunkte gibt. In diesem Zusammenhang kann man Zsolt Patkas zusammenfassende Feststellung, die revolutionärste Eigen-

selbst sagt, ein, natürlich bei voller Aufrechterhaltung der revolutionären Kritik gegenüber der herrschenden Bürokratie, ihrem Regime, ihren Politikern.

In seinem Artikel schweigt P. Herrmann über diese entscheidenden Fragen. Niemand wird annehmen, daß, global gesehen, seine Ansichten überhaupt und insgesamt auch nur einen Moment lang als richtig angesehen werden. Ganz im Gegenteil. Aber er muß dennoch in einer so entscheidenden Frage wie der Kriegsfrage klar seinen Standpunkt aussprechen. Es muß klar werden durch diese Antwort, auf welcher "Seite der Barrikade" er steht!

Auf weitere, nicht minder wichtige Fragen, z. B. auf die Frage der Notwendigkeit der revolutionären Partei, soll in einem zweiten Artikel eingegangen werden.

15. April 1976 F. Modlik

schaft der Linken sei die kritisch-selbstkritische Lernfähigkeit, voll akzeptieren.

Nicht akzeptieren kann man aber, glaube ich, Paul Herrmanns Kahlschlag, der mit einer ideologischen Handbewegung Sozialisten und Sozialdemokraten, Kommunisten aller Schattierungen und Trotzlisten, Lenin und Mao vom Tisch fegt - wobei bei einem so großen Konzept Ungenauigkeiten im einzelnen zwar peinlich aber nicht so wichtig sind. Notgedrungen will er von vorne beginnen, was natürlich langfristige Perspektiven ergibt. Dabei verstellt, glaube ich, die Tendenz, den Weg der Selbstorganisation der Arbeiterschaft in Räten eher in Zirkeln als in konkreten Kämpfen zu suchen, die Sicht auf Konkretes, zum Beispiel auf die Bedeutung der Comisiones obreras in Spanien oder auf manche Tendenzen der italienischen Gewerkschaftsbewegung.

Auch wenn er das wohl nicht beabsichtigt hat, macht es Paul Herrmann der heutigen Führung der KPdSU und auch jener der KPÖ recht leicht, indem er Stalin und Breschnew (nicht als Personen, sondern als Richtung aufgefaßt) als unvermeidlich darstellt.

Auch die Problematik der international allein gelassenen russischen Revolution hätte Alternativlösungen zugelassen. Der Marxismus betont die Bedeutung der objektiven Faktoren in der Geschichte, er enthält aber nicht die fatalistische Auffassung, daß alles so kommen mußte, wie es eben gekommen ist. Der politische Wille kann sich über Realitäten nicht hinwegsetzen, aber er kann sie beeinflussen und auch kleine Unterschiede, die sich in einer jahrzehntelangen Entwicklung akkumulieren, ergeben ganz schöne Veränderungen.

Wenn die europäische Arbeiterbewegung, wie Herrmann und auch Patka feststellen, von parlamentarischen Illusionen heimgesucht ist – zu denen auch die Existenz und Bedeutung von Parteien gehört –, dann ist nicht gut vorstellbar, wie sich ein rätedemokratischer Prozeß in absehbarer Zeit nicht nur gegen das bürgerliche Establishment, sondern auch gegen die etablierten linken Massenparteien durchsetzen soll. Wäre da nicht ein Konzept überlegenswert, wie man eine repräsentative Demokratie mit einer Basisdemokratie verbinden könnte? Mit anderen Worten: eine starke autonome Bewegung an der Basis könnte den Charakter einer parlamentarischen Linksmehrheit sehr wesentlich verändern. Rechnet man in Jahren, dann wäre das wohl der einzig vorstellbare Weg, rechnet man allerdings in Jahrzehnten, und das kann nur eine kleine Gruppe, niemals eine Massenbewegung, dann kann man freilich jede beliebige Konstruktion zur Grundlage nehmen. Wenn konkrete Beispiele überhaupt eine Aussagekraft haben, dann sollte doch Portugal gezeigt haben, daß von linken Gruppen geförderte basisdemokratische Bewegungen keine Chance haben, wenn die großen Parteien politisch versagen.

Zsolt Patka schreibt abschätzig von "Träumereien vom friedlichen Weg zum Sozialismus". Muß man wirklich noch feststellen, daß ein "friedlicher Weg" kein kampfloser wäre, daß er den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf verbinden müßte, daß dieser Begriff aber zum Ausdruck bringen soll, daß man den bewaffneten Kampf, also den Bürgerkrieg, nicht als Voraussetzung für die Änderung der Gesellschaftsordnung ansieht? Die Ablehnung des "friedlichen Wegs", der ja nicht mit par-

lamentarischem Kretinismus gleichzusetzen ist, bedeutet die Orientierung auf den bewaffneten Kampf, auch dann, wenn man ihn im Augenblick für unopportun ansieht. Nun ist es noch niemals und nirgends gelungen, einen revolutionären bewaffneten Kampf zu führen, wenn es zumindest gewisse demokratische Freiheiten gibt. Die Revolutionen in Rußland, China, Kuba und Vietnam, die bewaffneten Kämpfe im faschistisch besetzten Europa waren gekennzeichnet durch das Fehlen auch der elementarsten demokratischen Rechte. (Wenn man übrigens in diesem Zusammenhang lernfähig bleiben will, lese man das Buch von Régis Debray "Kritik der Waffen".) Ich halte es für durchaus legitim, ja für notwendig, vor parlamentarischen Illusionen zu warnen und die Gefahren zu sehen, die im parlamentarischen Spiel liegen. Aber das ist nicht dasselbe wie die Absage an den "friedlichen Weg". Es gibt auch noch eine andere Überlegung, die hier angeführt werden muß: Es dürfte wohl Übereinstimmung bestehen, daß eine akzeptable sozialistische Entwicklung in Westeuropa voraussetzt, daß sie autonom ist, das heißt, nicht nur unabhängig vom Imperialismus, sondern auch von der Sowjetunion. Bei bewaffneten Auseinandersetzungen in europäischen Ländern besteht nun die große Gefahr, daß am Ende, je nach Ausgang, der eine oder der andere Militärblock

dominiert. Bei Vermeidung ernsthafter bewaffneter Auseinandersetzungen ist die Wahrscheinlichkeit jedenfalls viel größer, die politische Unabhängigkeit zu bewahren.

In Westeuropa spielen sich heute bedeutsame Veränderungen in den großen kommunistischen Parteien, aber auch bei manchen sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien ab. Diese Veränderungen als bloße Anpassung an die weltpolitischen Bedürfnisse der "beiden Lager" zu sehen, ist meiner Ansicht nach ein gefährlicher Trugschluß. In Wirklichkeit handelt es sich um einen, wenn auch späten Prozeß des Durchbruchs zu autonomen Positionen. Darin sehe ich den entscheidenden Schlüssel zum Verständnis der nächsten Perspektiven der europäischen Arbeiterbewegung und das gilt auch dann, wenn man sich nicht mit allen Einzelheiten des erwähnten Prozesses identifizieren will. Durch ihn werden buchstäblich Millionen in Bewegung gesetzt, und das nicht nur mit dem Stimmzettel; das allein wäre schon Grund genug, sich mit diesem politischen Prozeß sehr eingehend zu beschäftigen. Auch in Österreich ist ein praktikables Konzept für Linke kaum vorstellbar, das sich über die Entwicklung innerhalb der großen Arbeiterparteien Westeuropas hinwegsetzt oder sie einfach als "Revisionismus" abtut.

Leopold Spira

# Die Linke in der Isolation

"Die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift."  
MARX, Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie

## I.

Die Linke in den Metropolen – darunter soll hier vorerst alles, was sich links von der Sozialdemokratie befindet, verstanden sein – befindet sich in einer schon lange anhaltenden Krise. Sie steckt in einer Isolation und sie kann sich daraus scheinbar nur durch ihre politische Selbstaufgabe befreien. Dies gilt insbesondere auch für jenen Teil der Arbeiterbewegung, der in den letzten Jahren offenbar doch große Schritte auf dem Weg aus der Isolation gemacht hat. Hier ist in erster Linie an die KPI, aber auch an die KPF zu denken. Diese Parteien bezahlen für ihre nun errungene Position schwer mit programmatischem Substanzverlust. Hier nimmt die politische Krise die Form einer ideologischen Krise an. Die spektakulärsten Erfolge sind zugleich die tiefsten Niederlagen, mißt man sie einmal an der politischen und ideologischen Substanz. Die Aufgabe der eigenen Identität kann niemals einen politischen Erfolg rechtfertigen. Lassen wir uns vom Blendwerk einer bürgerlichen Öffentlichkeit nicht betören. Metaphysisches Denken nimmt immer den Schein für das Sein.

Auf der anderen Seite steht die hoffnungslos minoritäre Situation der revolutionären Linken. Hier tritt die politische Krise offen zutage und nimmt die Form einer offenen, vernichtenden Isolierung an, die jede politische Tätigkeit per se unwirksam werden läßt. Die hier angesiedelten Gruppierungen haben kaum die Möglichkeiten. Sie versuchen zwar politisches Gewissen der historischen Linken zu spielen. Im Regelfall aber reicht es nicht mehr, als daß sie zu Helden der revolutionären Phrase verkümmern, ohne politisches Gewicht und damit außerhalb des realen Geschehens. Der Ruf nach der Reinheit der Theorie läßt sie darauf vergessen, daß sich jede Theorie nur in ihrer Praxis rechtfertigen kann.

Das Dilemma scheint also zu sein: Aufgabe der eigenen politisch-revolu-

tionären Identität; oder wirkungslose Existenz im Ghetto der revolutionären Theorie. Beide Möglichkeiten würden den Bankrott der internationalen sozialistischen Bewegung in den Metropolen bedeuten. Die Frage ist nun, ob die Alternative stimmt: ob es nicht eine Alternative neben Reformismus und revolutionaristischen Dogmatismus gibt. Die Frage ist, wie eine derartige falsche und unannehmbare Alternative überhaupt hat entstehen können, welche objektive Situation dem zugrunde liegt. Die Frage ist weiters, und sie ist radikal und ohne Illusionen und Selbsttäuschung zu stellen, ob eine revolutionäre Massenbewegung in den Metropolen überhaupt noch möglich ist. Schließlich ist die Frage, ob und wie sich eine dritte Alternative in unserer Praxis zeigen kann.

## II.

Die Überlegung muß logischerweise mit der Frage nach den objektiven Grundlagen dieser Situation beginnen. Wir können hier keine detaillierte Analyse durchführen, wir müssen vielmehr die groben Umrisse andeuten. Unsere Lage ist bestimmt durch die Existenz der imperialistischen Weltsystems. Dieses System ist eine Einheit, aber eine widersprüchliche Einheit. Sie ist eine Einheit, die diesen Widerspruch nährt und von ihm lebt. Dieser Widerspruch ist als Gegensatz zwischen den hochentwickelten Metropolen und einer unentwickelten Peripherie zu beschreiben: Die Peripherie wird von den Ländern der Dritten Welt gebildet, die von den Metropolen in neokolonialistischer Abhängigkeit gehalten und ausgebeutet werden. Diese Ausbeutung kommt der gesamten Bevölkerung der Metropolen zugute, auch der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Die Schlußfolgerung, die daraus zu ziehen ist, wird von äußerster Wichtigkeit für unsere Frage: Das LENIN'sche Konzept der Arbeiteraristokratie (das bekanntlich nur von einem Teil der Arbeiterklasse spricht, der aussondert und bestochen wird) ist zu eng: Es muß erweitert und auf die gesamte Arbeiterklasse in den Metropolen ausgedehnt werden. Die gesamte Arbeiterklasse in den Metropolen ist also im Vergleich zur Dritten Welt als Arbeiteraristokratie zu betrachten. In-

nerhalb dieser Arbeiterklasse muß natürlich weiter unterschieden und differenziert werden. Die oberste Schicht entspricht der LENIN'schen Arbeiteraristokratie. Diese oberste Schicht ist auf Kosten der anderen privilegiert und bildet die Kernschicht und soziale Grundlage des Opportunismus. Der Schluß aus dieser Darstellung heißt also: Die sozialistische Weltbewegung laboriert an einem inneren Widerspruch; er besteht darin, daß ein Teil ihrer Träger auf Kosten des anderen Teiles privilegiert ist. Damit wird die Arbeiterbewegung in den Metropolen grundsätzlich anfällig für den Opportunismus in der Bewegung. Hier liegen die sozialen Wurzeln der Sozialdemokratie. Hier sind aber auch die Ursachen für die Entwicklung des Revisionismus in den kommunistischen Parteien zu suchen. Dieser Aspekt ist bisher zu wenig beachtet worden. Man hat den Revisionismus gewöhnlich aus einer autonomen Entwicklung der Theorie unter dem Druck der Parteibürokratie abzuleiten versucht. Wo aber hat die Parteibürokratie ihre sozialen Wurzeln?

Eine Partei oder Bewegung, die sich als Massenpartei versteht, kann sich nicht einem blinden Vertrauen auf den sogenannten gesunden politischen Instinkt der Massen hingeben: Tut sie dies doch, so ist die Gefahr übergroß, daß sie in eine von zwei Fallen gerät: sie wird entweder populistisch oder revisionistisch. Die Gefahr, daß eine kommunistische Partei populistisch und qualunquistisch wird, ist nicht groß. Bisher ist keine Partei diesen Weg gegangen, denn er ist dem Wesen der Arbeiterbewegung fremd.

Was hingegen in der Gegenwart laufend passiert, ist, daß die kommunistischen Parteien mit dem retardierten Bewußtsein der Massen nicht nur eine Koexistenz eingehen, sondern daß der Apparat dieses Bewußtseins auch theoretisiert und damit opportunistische und offen revisionistische Positionen einnimmt. Zu erkennen sind solche Positionen insbesondere an der Staatsauffassung, die von Anfang an der Kernpunkt der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis war. Der Sozialstaatsillusion der Sozialdemokratie entspricht die Pluralismusillusion bei den Revisionisten, die Illusion, auf legalistisch-parlamentarischen Weg mehr als nur kleine Schritte machen zu können. Im Endeffekt entspricht diesem Weg die Aufgabe der marxistischen Staatsauffas-

sung, das Versinken im Sumpf. Der Versuch dieser Parteien, aus der Isolation auszubrechen, endete also im Sumpf des Revisionismus. Nichtsdestoweniger wäre nichts falscher, als ihre Strategie leichtfertig zu übergehen, anstatt sie gründlich zu studieren. Es ist zwar bequem, aber trotzdem falsch, etwa so wesentliche Wege, wie sie die Arbeitereinheitsfrontpolitik oder die Volksfrontpolitik darstellen, als revisionistisch zu verurteilen.

### III.

Wenn man die revolutionäre Linke betrachtet, so stellt sich zuallererst einmal die Frage, ob sie politisch überhaupt existiert. Diese Formulierung mag überspitzt erscheinen, hat aber ihre Berechtigung. Das Gruppen- und Zirkel(un)wesen der Linken läßt die Frage aufkommen, worum es den vorhandenen Gruppen und Zirkeln eigentlich tatsächlich geht: man hat den Eindruck, daß dies in erster Linie eine Rechtfertigung ihrer Existenz ist. Dementsprechend ist auch ihre Bedeutung einzuschätzen: Hat man schon an der historischen Linken Isolation konstatiert, so gilt dies in gesteigertem Maß für die übrige Linke, die sich anmaßender Weise revolutionär nennt.

Die Träger der neuen Linken kamen nicht aus der Tradition der Arbeiterbewegung. Es waren Intellektuelle bürgerlicher Herkunft, die ihre Motivierung zum politischen Engagement nicht in erster Linie aus ihrer sozio-ökonomischen Lage bezogen, sondern aus der Kombination einer individualisierten Kultur mit einer systematischen ideologischen Bildung. Die Erklärung im nachhinein, eben auch die Intelligenz sei einer zunehmenden Proletarisierung unterworfen, ist eine Ideologisierung und trifft gerade für Mitteleuropa zu dieser Zeit – Bundesrepublik, Österreich – überhaupt nicht zu. Die Bedürfnisse dieser Leute waren nicht die Bedürfnisse jener, für die sie zu sprechen vorgaben: für ein Proletariat, wie es außer in ihren Köpfen kaum bestand. Es sollte dies ein Proletariat sein, das nur geweckt werden mußte, um wieder seine weltgeschichtliche Rolle zu spielen. Wer oder was es denn eingeschläfert habe, das war nicht im Vorhinein klar. Gewöhnlich wurde und wird eine degenerierte Gewerkschafts- und Parteibürokratie benannt, welche die Arbeiter in das bestehen-

de System integriert habe oder ihnen zumindest die Kampfkraft nahm. Nach den objektiven Grundlagen eines solchen Integrierungsprozesses wurde vielfach nicht gefragt. Die Erkenntnis, daß man sich um die Traditionen der Arbeiterbewegung zu kümmern habe, daß ihre Aufarbeitung einen wesentlichen Beitrag zur eigenen ideologischen und politischen Formierung darstellen muß, kam zwar bald, nahm aber eine seltsame Form an: Sie besteht meistens darin, daß man an einem bestimmten Punkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung sich festsetzt, diesen Punkt zur Stunde Null erklärt, und dann alles, was sich nach diesem Punkt abspielte, als Revisionismus, Opportunismus, Abweichung etc. erklärt. Es ist, als ob man die Geschichte umschreiben wollte. Dementsprechend realitätsfern und schematisch sind dann auch die Konzepte, die angeboten werden. Da die eigenen Bedürfnisse nicht mit denen derer übereinstimmen, die man zu vertreten vorgibt, der Arbeiter nämlich, kam eine neue Erscheinung auf, die heute die meisten Gruppierungen beherrscht, der Ouvrierismus, der insbesondere in den maoistischen Gruppen, aber nicht nur in diesen, zu finden ist. Eine weitere Möglichkeit wäre ein Zurückziehen auf die eigenen Bedürfnisse allein, um in einem Prozeß der Selbsterfahrung allein all das zu verwirklichen, woran man Mangel spürt: neue Lebensformen, neue Verkehrsformen usw. usw. Das jedoch bedeutet ein völliges Aufgeben aller politischen Arbeit, die nach außen hin wirksam werden soll. Es ist damit ein Aufgeben des politischen Anspruchs, zumindest defacto, wenn auch Gruppen mit ähnlichen Tendenzen verbal sehr heftig ihren politischen Anspruch aufrechterhalten und verteidigen. Gegen diese Tendenz ist mitunter schwer aufzutreten, da sie sehr wohl gegen die ouvrieristische Tendenz eine Berechtigung hat. Die Kritik gilt hier keineswegs dem Versuch, die politische Arbeit mit den eigenen Bedürfnissen zu verknüpfen, sondern lediglich deren Verabsolutierung und damit der Zerschlagung der politischen Arbeit.

Die Isolation dieses Teils der Linken ist damit leicht zu erklären. Die neue Linke steht nach ihrer Herkunft und Entwicklung außerhalb der Tradition der Arbeiterbewegung. Es gelang ihr nicht, mehr als eine ephemere Bedeutung zu erringen. Auch die vor-

übergehende Bedeutung verdankt sie nicht etwa der Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse. Das Aufhorchen war eines ganz anderen Ursprungs: Der Schock der Bourgeoisie rührt daher, daß plötzlich relevante Teile ihrer eigenen zukünftigen Agenten und Funktionäre Front gegen sie machten und ihr System in Frage stellten. Und es ist kennzeichnend, daß das Bürgertum die aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Organisationen und Parteien kaum zur Kenntnis nimmt. Wozu auch? Sie stehen in völliger Isolation, und es ist ihnen bisher nicht gelungen, irgendwo Fuß zu fassen.

### IV.

Wenn die Linke mehr will, als als Gruppe oder als politisch organisierte Individuen nur einfach zu überleben (was übrigens durchaus seine Berechtigung hätte, nur sollte man dann bescheidener sein), dann muß sie heraus aus der Isolation. Selbstverständlich gibt es dafür keine Standardrezepte. Es gilt jedoch, sich der zentralen Notwendigkeiten bewußt zu werden. So muß man sich vor allem einmal ins Klare kommen, was Bündnispolitik ist und was man damit erreichen will. Ein Anliegen ist es, innerhalb der Linken selbst eine gewisse Einheit herzustellen. Allerdings hat sich dies als geradezu unmöglich erwiesen. Weiters ist es schließlich die Frage, was es bringt, wenn man mit Mühe und Not für einzelne Anliegen eine fragile Einheit erreicht, wenn man erst wiederum nur mit einer Gruppe koalitiert, die genauso isoliert ist wie wir selbst. Man soll sich schließlich keine Illusionen über Bündnisse mit der Sozialdemokratie machen; und doch ist es das zentrale Anliegen, an jene heranzukommen, die sich von der Sozialdemokratie repräsentiert sehen. Um es noch deutlicher zu sagen: auf längere Sicht sind unsere Adressaten die, die sich heute noch in der Sozialdemokratie befinden.

Die Voraussetzung für ein Ausbrechen aus der Isolation besteht darin, seine eigene Stellung zu relativieren. Vor allem besteht sie aber darin, wieder die Praxis als Maß für die Theorie einzusetzen.

Albert Reiterer

# Zu 'Krise und Klassenbewusstsein' (Zsolt Patka Aspekte 60)

Über die Weichenstellung in den "Aspekten" für den Bundeskongress der BfS war ich erschrocken. Es wurde doch in letzter Zeit bei uns genügend darüber diskutiert, daß es an der Zeit ist, in den entwickelten Industrieländern einen europäischen Sozialismus zu verwirklichen und daß der Weg zu ihm eben ein anderer ist als der bisher in unentwickelten Ländern beschrittene, der bloß zu einem feudal-asiatischen Sozialismus führte, bei dem man in Wahrheit gar nicht von Sozialismus sprechen kann. Nun kommt Zsolt Patka wieder mit allerlei Beweisen an, daß der friedliche Weg zum Sozialismus nicht möglich sei, wobei er die Begriffe "friedlicher Weg" und "parlamentarischer Weg" total durcheinanderwirft. Die Alternative zum parlamentarischen Weg heißt eben doch friedlicher Weg und nicht Waffengewalt. Weder Parlamentarismus noch Bürgerkrieg führen zum Sozialismus, sondern beide zur Barbarei, bloß mit unterschiedlichen Graden der Brutalität. Die Alternative zum Parlamentarismus und zur Stimmenmehrheit bei Wahlen heißt nicht bewaffneter Aufstand, sondern Massenbewegung, Bewußtseinsumwälzung bei den vielen, Durchbrechung der Manipulation des Denkens. Für Leute, die diesen Weg für opportunistisch halten: sie sollen nur in der täglichen Arbeit einmal ausprobieren, um wieviel schwieriger gerade dieser Weg ist, um wieviel mehr Zivilcourage und Denkarbeit er erfordert als der vermeintlich "einzig revolutionäre" Weg des bewaffneten Aufstandes. Er ist der anstrengendste, riskanteste und komplizierteste Weg, aber der einzige, bei dem ein humanistischer und demokratischer Sozialismus herauskommen kann. Es ist für Linke in den westeuropäischen Industrieländern absolut unstatthaft, sich um diesen Weg drücken zu wollen. Außerdem ist dieser Weg die einzige echte Solidarität mit den wirtschaftlich schlechter gestellten Proletariern der Dritten Welt oder etwa Portugals und Spaniens, die einzige Möglichkeit, die dortigen

sozialistischen Ansätze auf ein solches Niveau zu heben, wie es den geschichtlichen Anforderungen unserer Zeit entspricht. Es ist von vornherein falsch, diesen Ländern, die viel unzureichendere Mittel zur Verfügung haben als wir, den Hauptkampf zu überlassen, sich auf den Bequemlichkeitsstandpunkt zu stellen, sie seien kampfbereiter, weil es ihnen schlechter geht als uns. Mit dieser Abweichung von jenem Standpunkt, den Marx vertrat,

## Widerstand ungebrochen, Leben kaputt

(anlässlich des Antirepressionskongress des Sozialistischen Büros in Frankfurt anfang Juni)

Der vorliegende Text verzichtet auf linke Berichterstattung im üblichen Sinn, die sich einbildet, die Politik des Wiedergegebenen gehe unmittelbar auf sie über. Im Vertrauen auf eine derartige Vordergründigkeit veröffentlichten linke Blätter schon genügend Artikel, die durchaus nicht so aktuell sind, daß nicht noch die paar Jahre abgewartet werden kann, bis sie in der FAZ erscheinen. Mochte fortschrittliche Publizistik auch einmal angetreten sein als Kritik an bürgerlicher Selbstdarstellung, die ihre Informationsträger als neutral ausgibt, ist sie nun ihrerseits in der Ideologie verfangen, ihre Themenwahl würde schon jene gesellschaftlichen Interessen vertreten, an denen es ihnen Instanzen mangelt.

hat Lenin begonnen, und er hatte solange recht, als das Bewußtsein des russischen Proletariats weit über seiner wirtschaftlichen Entwicklungsstufe lag, aber die geschichtliche Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Weg eben doch in eine Sackgasse führte, und deshalb müssen wir nun den schon von Marx aufgezeigten Weg gehen. Die Durchbrechung der Denkmanipulation in den entwickelten Industrieländern würde dazu führen, daß die überwältigende Mehrheit in diesen Ländern den Machtapparat mit großer Vehemenz wegfegt. Das ginge natürlich zwar nicht ohne Gewalt, aber ohne unnötige Opfer, ohne Bürgerkrieg und ohne lange blutige Auseinandersetzungen, die alles andere als den Sozialismus bringen.

Liesl Prager

Auf das Sorgfältigste bleibt ausgeklammert, daß, wie innerhalb der Landesgrenzen mit dem Wiedergegebenen verfahren wird, einer eigenen, durchaus anderen Politik folgt. Diese aber ist um nichts weniger entscheidend als jene, die im Wiedergegebenen selbst steckt. Wer diese Unterscheidung nicht zu treffen bereit ist, verhilft schließlich genau der bislang mißachteten, weil den Ansprüchen nicht genügenden Politik zum Durchbruch, der ja in der Tat die fortschrittliche Basis fehlt: Artikel über Spanien oder Portugal oder was auch immer künden dann notwendig nur noch davon, wie weit die Autoren entfernt sind von einer auch nur ansatzweise selbständigen Entwicklung "spanischer oder portugiesischer" Momente.

Einer derartigen "Selbstlosigkeit" aber, die von sich absieht, weil sie den hiesigen Stand der Klassenkämpfe nicht verkraftet, mangelt es keines-

wegs an Eigenliebe, ihr Schein ist im Gegenteil Strategie: Chauvinismus muß heutzutage schon von sich ablenken, wenn er auf Durchsetzung besteht. Auf Grund derartiger Mechanismen will der vorliegende Text versuchen, sich selbst ernst zu nehmen für andere. Damit wird Politik nicht zum x-ten Mal zu etwas, was draußen und anderswo stattgefunden hat, sondern was hier und jetzt und damit erfahrbar und nachvollziehbar stattfindet, wenn auch in mehr als bescheidenem Umfang. Diese Einengung jedoch auf das, was fragwürdig genug eigene Praxis genannt werden könnte, ist unabdingbare Voraussetzung dafür, auch nur die Aussicht zu haben, sie jemals zu überwinden. Wo sie vermutlich übersprungen werden kann, ist mit dererlei Illusionen die Beschränktheit bestehender Praxis bereits zur eigenen geworden.

Der Frankfurter Kongress wird also zum Anlaß genommen, insbesondere die Ausführungen Daniel Cohn-Bendits, selbst politische Momente zu entwickeln, die sich nicht wie gewohnt im Jargon erschöpfen. Cohn-Bendit zentrierte seine Analyse und Einschätzung der Entwicklung der Linken in der BRD der letzten Jahre um das Begriffspaar Widerstand und Leben. Hier knüpft der Artikel an und versucht, einige Punkte zu erarbeiten, an denen sich die Bedingungen sozialistischer Politik heute festmachen. Es wird also behauptet, daß linke politische Organisationen unter anderen diesen Bedingungen unterliegen. Ohne die entsprechenden Gruppen im einzelnen zu kritisieren, werden Kriterien gebildet, an denen und nach denen der Leser seine Kritik entfalten kann. So wird ihm durchaus zugemutet, einmal auch Appetit zu haben auf Nicht-vorgekauftes.

#### DAS UNPOLITISCHE POLITISCH ENGAGIERTER

Das herrschende System bekämpft zwar sozialistische Politik, aber nicht, indem es die Politik bekämpft – wie sollte es auch, ohne gleich selbst den Bankrott zu erklären. Seine Macht setzt vielmehr an, wo die alten, gutbürgerlichen Mittel noch etwas taugen: an der Vernichtung, Zerstörung und Verelendung des



2. Nummer: sieben Tiger versuchen, sechzig rote Mäuse aufzuhalten, das gelingt nicht. Daraufhin bauen die Tiger eine Pyramide und machen "schön". ( Alexander Kluge: Die Artisten in der Zirkuskuppel: ratlos)

Lebens jener, die diese Politik tragen. Mit der zunehmenden Idiotie bürgerlicher Argumentation, die in Formeln wie "Freiheit oder Sozialismus" gipfelt, kann überhaupt nur noch deshalb Demagogie betrieben werden, weil Unterdrückung und Erniedrigung immer lückenloser über die Produktionssphäre hinausgreifen und das Leben durchdringen. Gäbe es auch auf breiter Basis nur für Augenblicke

die Möglichkeit, sich aufzurichten, der kapitalistischen Gewalt zu entrinnen, wäre in dieser ganz anderen Erfahrung die Erfahrung der eigenen Unfreiheit sehr bald miteingeschlossen, und bürgerliche Politik könnte vollends abdanken.

Was das Kapital also schon die längste Zeit fürchtet und zu unterbinden

trachtet, mußte der Linken erst mit aller Gewalt beigebracht werden: selbst dort ist Unterdrückung nicht total und Zerstörung nicht endgültig, wo sie bislang eher wehrlos erduldet wurden. Das heißt, es gibt in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen durchaus Bereiche und Momente, in denen sich noch Leben regt, ohne daß sie jemals mit Widerstand gegen diese Verhältnisse in Berührung gekommen wären. Werden diese Bereiche und Momente beiseite geschoben, weil linke Politik vorgibt, mit dem, was an ihnen Leben genannt zu werden verdient, gerade ihre politischen Kampf zu führen, vertritt sie den gleichen Totalitätsanspruch, den sie dem bürgerlichen Lager sonst vorhält. Auf diese Weise wird nur abermals und noch dazu in Eigenregie ruiniert, was unterm kapitalistischen Zugriff schon Schaden genug erlitten hat.

In Wirklichkeit ist doch die Sache umgekehrt: nicht Leben unterm Kapitalismus geht auf im Widerstand, der ihm geboten wird, sondern überall dort, wo sich Lebendiges halten konnte, wird das herrschende System der Verdinglichung durchbrochen und angegriffen, ob die Linke nun davon wissen will oder nicht. Diese Bereiche in eine Organisation mitaufzunehmen, politische Arbeit um diese Momente zu erweitern, sollte nun endlich auf der Tagesordnung stehen und nicht mehr die Monopolisierung der Entscheidung, was nun als politisch gelten darf und was nicht. Die Notwendigkeit dazu belegt überaus deutlich die Diskussion um die Berufsverbote in der BRD: Politik im

Produktionsbereich beginnt anscheinend immer erst, wenn jemand Betriebsrat wird. Oder sie fängt überhaupt erst in der Überbauproduktion an, bei Lehrern, Redakteuren, etc. Werden solche Leute entlassen, kann mit breiten Solidaritätskundgebungen gerechnet werden. Ignoriert werden dagegen jene, die ihr Leben lang Arbeiter bleiben, weil sie nicht bereit sind, jene Herrschaftsnormen zu verinnerlichen, die einen Aufstieg ins Angestelltenverhältnis ermöglichen würden. Ignoriert werden jene, die sich den Leistungsanforderungen verweigern, die sich dem herrschenden Ausbildungssystem widersetzen. Ignoriert werden jene, die gegen ihre Berufskrankheiten keine Kräfte mehr aufbringen können, die sich mit Suchtmitteln betäuben, die die Unverfrorenheit besitzen, älter zu werden oder Frau zu sein. Kurz, es gilt endlich zu begreifen, daß von einem politischen Berufsverbot all jene betroffen sind, die darunter leiden, daß sie keine Arbeit finden, die Spaß macht, die ihnen Selbstverwirklichung ermöglicht.

Die individuellen und reaktionären Formen, in denen sich dies Leid äußern mag, sind noch kein Grund, es zu vergessen. Das emanzipatorische Leid, das zudem unter seinen ihm zugewiesenen Formen leidet, ist ja nun auch nicht die Stärke der Linken, denn eine naivere, ungebrochene Identifikation mit dem, was unter gegebenen Bedingungen zu tun bleibt, findet sich sonst nur noch auf Seiten des Kapitals. Hier sollte sich also der individuelle Widerstand nicht noch mehr in

die Ecke drängen lassen, denn in seiner Schwäche steckt wohl mehr Ahnung dessen, woran es ihm mangelt, als in den meisten der öffentlich ausgegebenen Parolen der politischen Aktiven. Wenn auch die Strukturen der vereinzelt Notwehr von allem anderen, nur nicht vom Fortschrittlichen Revolutionären geprägt sind, so ist sie dennoch um nichts weniger politisch. Vielmehr bildet sie gerade in ihrem Schein der Entpolitisierung, der Unfreiheit und Unterdrückung, kurz in ihren kleinbürgerlichen Dimensionen den sinnlich erfahrbaren Ausgangspunkt und in der Folge die Grundlage jedweden gesellschaftspolitischen Handelns.

Bislang jedoch hat die Linke mehr oder weniger eifrig das Trugbild der Bourgeoisie unterstützt, sich der Politik wahrhaft entziehen zu können, wenn man nur besoffen genug ist, wenn nur die Freundin dick genug und die Diskothekmusik nicht zu leise ist. Die Sehnsucht aber, zu vergessen, die Rausch, Liebe und Ausgelassenheit in sich bergen, und ohne die sie unterm Kapitalverhältnis nicht möglich sind, ist ihre politische Dimension. Ihre Unumgänglichkeit hier und heute ist die Grundlage der Revolution: sich zu berauschen, ohne die kalte Nüchternheit des Kapitalismus vergessen zu müssen, um zu lieben, ohne der Gleichgültigkeit entfliehen zu wollen, um ausgelassen zu sein nicht aus Angst. Derlei Perspektiven bringen sich in Widerspruch zum reinen, wahren, schönen Revolutionären, das die Marx'sche Analyse zur Grundlage erhebt, oder die Notwendigkeit des Sozialismus, oder was auch immer die eigene Gesellschaftsunfähigkeit überbietet.

Damit überhaupt erfahrbar wurde, welche politische Bedeutung Bereiche außerhalb einer organisierten politischen Arbeit wie im Betrieb und in der Schule, in der Gewerkschaft und im Stadtteil gerade auch für diese Aktivitäten haben, bedurfte es scheint's ihrer umfassenden Zerstörung und massiven Bedrohung: erst das ungeheuerliche Ausmaß der Gewalt, die in das Leben jener eingriff, die Widerstand leisteten, hat der Linken vor Augen geführt, wie politisch auch ihr Leben und nicht allein ihr Widerstand ist. Die Folgen der Illusion allerdings, Leben unterm Kapitalismus erschöpfe sich im Widerstand, die in den Köpfen linker

Die Mehrheit war schon eine schweigende, längst bevor die Linke wegen der Berufsverbote auf die Straße ging.







# Merke:

**Wer klar denkt,  
kann sich auch  
klar ausdrücken.**

**Glauben Sie nur das,  
was man versteht!**



**Freiheit führt weiter**  
Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft.

Die "Interessen des Proletariats" werden keineswegs dort vertreten, wo das Denken aufgegeben wird. Die Forderung nach Verständlichkeit unterstützt vielmehr kostenlos die Werbung für's System, weil sie den Klassenwiderspruch lösen will, ohne daß die ökonomischen Verhältnisse auch nur seine ansatzweise Aufhebung zulassen. (Marenke)

Tonangeber der letzten Jahre sich festsetzte, sind gegenwärtig. Sie haben bewirkt, daß schließlich triumphieren konnte, was überstürzt als kleinbürgerlich unpolitisch abgeschoben worden war: all jene tradierten Formen und Möglichkeiten, unterm Kapitalverhältnis zu existieren, die erstmal nicht so recht zu den Ansprüchen gesellschaftlicher Veränderung passen wollten und gegen die so schnell kein Kraut wuchs, geschweige denn, gewachsen war. Diese Formen und Möglichkeiten nämlich haben nicht im mindesten unter ihrer Verdrängung gelitten, im Gegenteil: sie forderten ihren Tribut nun erst recht und zudem mit Erfolg, weil Kritik nicht mehr so leicht an sie heranreichte.

"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", heißt die Parole. Sie kann nicht ergänzt werden zu "Wer sich wehrt, lebt richtig", das reimt sich in der Tat nicht, wenn es auch insgeheim mitschwingt, denn: politischer Widerstand konnte und kann nicht die gesammte Lebensweise umfassen, solange das herrschende System an der Macht bleibt, d.h., jene Lebensweise von Grund auf durchdringt. Gerade aus dieser Unmöglichkeit gewinnt ja der Kampf für den Sozialismus seine Motivation. Wer diesen Zusammenhang ausklammert, weil er seine Unbewältigbarkeit unter den gegebenen Bedingungen nicht erträgt, beraubt sich zwingend der Erfahrbarkeit, warum und wofür er sich engagiert.

Dieses Defizit prägt nun schon die längste Zeit das Klima politischer Auseinandersetzung, denn jene, die einer politischen Organisation beitreten und in ihr mitarbeiten, rekrutieren sich weitgehend aus den Reihen derer, die mit den ihnen gebotenen Lebensformen des Bürgertums wenig anzufangen wußten. Ihre Erfahrungen mit dem, was das bürgerliche Leben so bot, waren also nicht so sehr die, daß es Ansätze gab zur freien Entfaltung eines jeden gesellschaftlichen Individuums, die nur im herrschenden Interesse beständig umgebogen werden mußten, wenn die Bourgeoisie an der Macht bleiben wollte. Vielmehr wurden durch die Gewißheit, mit der Rückschritt und Rückzug im entscheidenden, die Freiheit der Gesellschaft insgesamt berührenden Moment beständig wiederkehrten, die Ansätze selbst verdächtig. Ihnen wurde schließlich der

Kampf angesagt, der fraglos politisch geführt werden mußte. Den Kampf politisch zu führen heißt aber noch immer, die ihn auslösenden Momente auf eine andere Stufe zu stellen, sie aus den Bedingungen zu lösen, die sie in der konkreten individuellen Lebenserfahrung hatten, um sie zu

vermitteln mit konkret gesellschaftlicher Erfahrung.

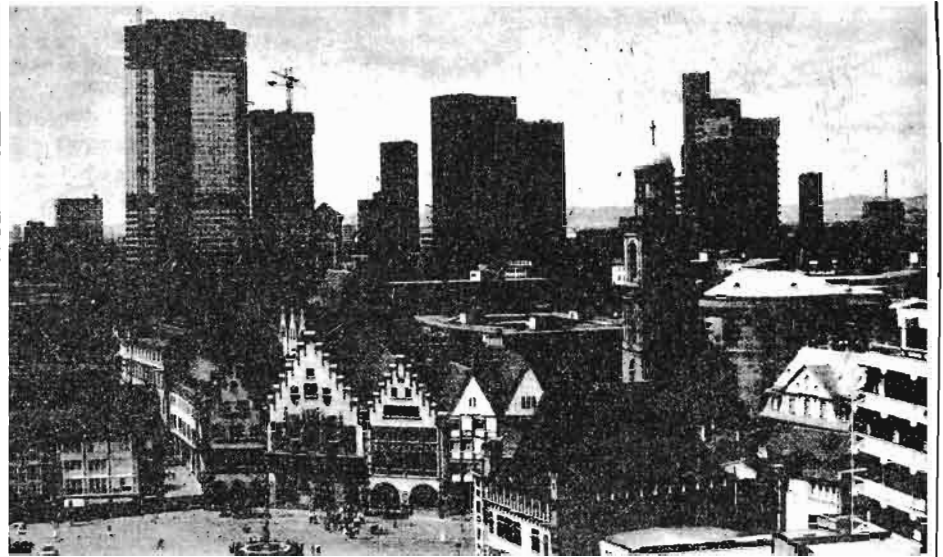
Wie dies allerdings zu geschehen hatte, war vorgezeichnet durch das Treiben bürgerlicher Politik, die restlos alles zu entpolitisieren suchte, was sich nicht in ihrer herausgelösten, arbeitsteiligen Sphäre abspielte: Ge-



werkschaftspolitik beispielsweise behauptet, die politische Dimension der Produktion zu vertreten, in dem Glauben, daß das, was sie schließlich noch vom Arbeitssektor übrigläßt, nur mehr leere Hülse ist, reine, wertfreie Produktion sozusagen. Ihre Reaktionen auf "wilde" Streiks und andere politische Basisaktivitäten zeigen dies in aller Deutlichkeit.

### "WER SICH NICHT IN GEFAHR BEGIBT, KOMMT IN IHR UM"

Die Linke, die sich organisierte, weil sie nicht leben wollte, wie die Bourgeoisie, machte dafür strukturell deren Politik: sie filterte das Politische ihrer Erfahrungen nicht heraus, um ihnen Entfremdung und Ideologie zu nehmen und um ihnen letztlich politische Momente zurückzugeben, die sich in Freiheit und gesellschaftlicher Selbstbestimmung gründen. Leben und Politik also wurden nicht miteinander vermittelt, sondern das Leben diente lediglich dazu, den Widerstand zu speisen. Diese Verdinglichung und Funktionalisierung leistete schließlich das, was so gern dem herrschenden System angelastet wurde: an Freiheit und Selbstbestimmung war wirklich nicht mehr zu denken. Dieser zynische Begriff von Solidarität, der die eigene Verkürztheit als gemeinsame Basis mit dem unterdrückten Proletariat auffaßt, reduziert den Kapitalismus auf den kleinsten gemeinsamen Nenner der totalen Ausbeutung, Entfremdung und Unterdrückung. Allein die andauernde Herrschaftsausübung des Systems aber widerlegt doch, daß Herrschaft gerade nicht allumfassend ist, denn dann wäre sie überflüssig. Das heißt, es gibt zwar keine Freiheit, aber Freiheiten, zwar keine Selbstbestimmung, aber Momente von Selbstbestimmung, und zwar auch solche, die nicht auf Kosten der Unfreiheit und Fremdbestimmung anderer gehen. Denn Freiheit und Unfreiheit, Selbstbestimmung und Fremdbestimmung sind nicht nur Klassegegensätze, sondern innerhalb des Proletariats wie auch der Bourgeoisie angelegte, einander widersprechende Momente, die auf Grund der bestehenden bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse und nicht rein ihrer Produktionsweise nach nahezu bündig klassenmäßig zugeordnet werden. Nahezu, denn unterm Kapitalismus werden keineswegs nur



Der Frankfurter Schmuckhändler und Bauhölwe Ignaz Bubis mit der Baugenehmigung für ein 28-stöckiges Bürohaus: "Ich wohne gern hier. Ich mag die alten Häuser." (Stern 39/1976)

Tauschwerte, wird nicht nur Fremdherrschaft produziert, sondern ebenso wird gesellschaftlich nützliche Arbeit geleistet, wobei gesellschaftlich nützlich hier keineswegs meint, zum Vorteil der Bourgeoisie, sondern tatsächliche Herstellung von Gebrauchswerten benennt, tatsächlich Interessen und Bedürfnisse befriedigt. Sind diese Ansatzpunkte von Freiheit und Selbstbestimmung auch verborgen und entstellt, leitet sich daraus dennoch keinerlei Berechtigung ab, ihnen vollends den Garaus zu machen. Mit dieser Vernichtung werden nämlich nicht im Traum die letzten Bindungen des Proletariats ans herrschende System durchschnitten, sondern in Wirklichkeit wird es dem System gerade unwiderruflich ausgeliefert, weil ihm die Erfahrungsgrundlage genommen wird, was Sozialismus ausmacht. Denn diese Erfahrbarkeit ist in der bürgerlichen Gesellschaft angelegt, wo sonst, und zwar in allem, was sie aufbaut, um es zu zerstören, in allem, was sie verspricht und nicht einlöst. Sozialismus ist keine Marx'sche Erfindung, er leitet sich nicht ab aus seiner Analyse, sondern aus dem Analysierten und zwar nicht nur einmal und nie wieder, sondern permanent: der Kampf für den Sozialismus muß verknüpft bleiben mit der sinnlichen Erfahrung freier, fortschrittlicher und emanzipatorischer Momente, d.h., Erfahrung muß sich zwangsläufig der kapitalistischen Zerstörungswut aussetzen, will sie nicht an ihr zugrunde gehen. Wenn die Wut dagegen zugrunde gehen soll, muß immer wieder entwickelt und bestärkt werden,

was sie hervorruft. Sozialistische Politik kann sich also nicht damit begnügen, das Elend des Kapitalismus aufzuzeigen, das kann sie getrost ihm selbst überlassen. Das Elend des Kapitalismus ist vielmehr, und darum geht es, daß er nicht nur Elend schafft, sondern ebenso von Elend befreit, wenn auch nur, um es durch ein gewinnbringenderes anderes zu ersetzen. Das aber ist bei weitem nicht das gleiche: ohne diesen "feinen" Unterschied des beständig reaktionären Fortschritts wäre er längst nicht mehr an der Macht. Ohne diese Unterscheidung hätte sich auch keine sozialistische Perspektive entwickeln können, denn Sozialismus beginnt nicht mit der Revolution, sondern greift zurück auf konkrete, emanzipatorische Lebenserfahrung in der bürgerlichen Gesellschaft. Ihre Verwirklichung unter den hier und heute herrschenden Bedingungen sich zu erarbeiten, zu erleben und nicht zu zerstören, ist die unabdingbare Voraussetzung für deren Abschaffung.

Diese Betonung des Gebrauchswertcharakters unterm Kapitalismus als Ansatzpunkt jeglicher Form des Widerstandes festigt in keinerlei Weise dessen Herrschaft. Affirmativ dagegen ist gerade, nicht auf ihm zu bestehen. Wenn also Leben beständig als unpolitisch aus dem Erfahrungsbereich zu verschwinden droht, muß es schließlich dem Widerstand die politische Dimension rauben: beinhaltet der Kampf um die Überwindung des Kapitalismus nicht bereits für die Zeit der Auseinander-

setzung die Überwindung eigener gesellschaftlicher Lebensmöglichkeiten, vermag er nicht eigene gesellschaftliche Lebensformen hier und heute ansatzweise zu verändern, vermittelt er nicht den Kämpfenden Momente von Befreiung, von gesellschaftlichem Fortschritt, dann knüpft er an keine konkreten, unterdrückten Bedürfnisse mehr an, sondern an der abstrakten idealistischen Forderung nach Sozialismus, scheins um seiner selbst willen.

Eine derartig entmaterialisierte, nichtmaterialistische Politik ist zweifelsohne die des bürgerlichen Lagers, führt sie auch von früh bis spät das Proletariat im Mund. Ihre Praktiken lassen entsprechend keine Ahnung dessen zu, was Sozialismus ist, sie wecken keine militanten Sehnsüchte, aus ihnen läßt sich keine aktive Hoffnung lernen. Darum holt sie auch lieber die "Fratze des Kapitals" aus dem Sack, um das Proletariat in den Sozialismus zu treiben. Allerdings hat sie offensichtlich Mühe, sie dort wieder hineinzubekommen: Verbissenheit und Haß, Frustration und Stumpfheit, Chauvinismus und Beleidigung greifen ungehindert um sich, sie dürfen weithin als revolutionäre Markenzeichen gelten. Linke Politik allerdings, die ihre antikapitalistischen Positionen bereits für Sozialismus hält, muß notwendig zur Ideologie verkommen, denn wenn sie nurmehr gegen den status quo kämpft und nicht mehr für eine freie Gesellschaft, kämpft sie dennoch für etwas: für die Verschärfung des herrschenden Elends. Was sich auf diese Weise verbreitet, ist aber mitnichten der Schrecken des Kapitalismus, es ist nicht dessen Unerträglichkeit, sondern die einer derartigen "politischen Praxis". Ihre Verelendung treibt die Verelendeten erst recht, weil alternativlos, in die Arme des Kapitals.

Linke Politik kann sich niemals auf seine eigene Überzeugungskraft stützen, das ist immernoch das rein bürgerliche Selbstverständnis, wenn auch ihre Inhalte diesmal anders gefärbt sind. Gesellschaftliche Veränderung aber ist keine Frage des Anstrichs, sondern des Angestrichenen, ist letztlich keine Frage der Politik, sondern des politischen und politisierten Lebens. Seine Erfahrbarkeit ist es allein, die überzeugt. Abermals: politisch Engagierte mögen nicht so leicht bürgerlicher Lebensideolo-

gie aufsitzen, dessen Politikverständnis indes schon weitaus eher. Beispielsweise sei in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß Hans-Jürgen Krahl die Ortsgruppe der Jungen Union in seinem Heimatort gründete, und daß nicht jeder Genosse seine eigene Geschichte in dieser Weise in seinen politischen Kampf aufgenommen hat. Weitgehend blieb nämlich unbearbeitet, daß linke Politik vorwiegend getragen wurde von denen, die im Rahmen bürgerlichen Politikverständnisses aufgewachsen waren: auch "Außerparlamentarische Opposition" wählte, wie das Wort schon treffend sagt, das Parlament zum Bezugspunkt. Politisches Handeln und Denken orientierte sich also noch sehr stark daran, daß Politik eine herausgelöste, arbeitsteilige Disziplin für sich war. Konnte nun auch ihre Vermitteltheit mit Gesellschaft und Produktion begriffen werden, zer schlagen vermochte die unterm Kapitalismus aufrechterhaltene Trennung von Politik und Ökonomie, von Politik und Leben nicht werden.

Nicht zufällig stellen Studenten den Großteil politischer Organisationen, aber kaum, weil sie so unheimlich fortschrittlich wären, sondern ihre Abgeschiedenheit von der Produktion drängt politische Praxis geradezu auf. Um diesen Bruch rückgängig zu machen, scheinen bestimmte Berufe eher geeignet, doch vielleicht sollte auch einmal bedacht werden, daß nicht alle Linken Sozialarbeiter werden können, es sei denn, sie wollen auch in Zukunft eine bescheidene Minderheit bleiben.

Dagegen gilt es vorzubereiten, jede Arbeit unterm Kapitalismus zur Sozialarbeit werden zu lassen. Das heißt, Politik muß wieder in jene Bereiche zurückreichen, aus denen sie sich ableitet: es geht also nicht allein um politische Arbeit, sondern darum, daß Arbeit schlechthin politisch ist und als solche auch erfahren werden kann.

Denn nur dazu wird Politik gemacht: um letztlich selbst als autonome überflüssig zu werden. Davon sind die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Tat weit entfernt, aber so entfernt davon wie die Linke sind sie keineswegs, denn: es ist tendenzieller Widerstand, wenn das Proletariat am 1. Mai massenhaft ins Grüne fährt, anstatt zu demonstrieren, da stecken wirkliche Momente von Solidarität

drin. Nicht zufällig hat die Technologie im Interesse bürgerlicher Herrschaft gut dran getan, dem Individualverkehr den Vorrang zu geben, denn der ungestillte Hunger nach Leben könnte sich in einem der schönen Monate Mai durchaus kollektiv verbünden und die Hungrigen veranlassen, die weiteren Wochen auf dem Land zu verbringen. Wie würden die Demonstranten schauen, wenn sie am nächsten Morgen allein am Fließband stünden. Doch die Dogmatiker sollen nicht verwirrt werden: bisher sind noch die meisten zurückgekehrt.

Daß derartige Formen des Widerstandes und der Solidarität in aller Ruhe vom System ausgebeutet werden können, liegt zum nicht unbedeutenden Teil daran, daß sie die Linke nicht einmal ignoriert, denn Isolierung und Verformung hält sie allem Anschein nach für ihr Wesen. Solange aber das Leben der Reaktion überantwortet bleibt, braucht sich niemand über den ausbleibenden Fortschritt der Formen politischen Widerstandes zu beklagen. So konnte beispielweise zum Abschluß der SB-Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg die "Rote Blaskapelle Freiburg" die Internationale abblasen. Die Signale, die die "Völker" dabei hörten, dürften ihnen durchaus vertraut vorgekommen sein, denn aus ihnen war weder Freiheit noch Sozialismus zu vernehmen. Auf ähnlich zynische Weise wurde zuvor auf der Demonstration ein deutscher Schlager der sechziger Jahre adaptiert: "Mamor, Stein und Eisen bricht, aber unser Widerstand nicht. Alles, alles geht vorbei und bald sind wir frei." Abgesehen vom Schwachsinn dieser Zeilen, der dem Original in nichts nachsteht und Wort für Wort das Gegenteil von dem belegt, was vorgetragen wird, war es lediglich der Text der Vorlage, der nicht ins politische Konzept paßte. An der ebenfalls schwachsinnigen Melodie hat offenbar niemand Anstoß genommen.

Wenn auf einer der nächsten Demonstrationen Politik ihre verbale Ein-dimensionalität verläßt und die Melodie mitgeändert werden sollten, gibt es vielleicht ein paar neue Lieder. Wo sich in dieser Weise Widerstand und Leben näherrücken, werden die steinernen Verhältnisse die ersten sein, die zu tanzen beginnen.

K H Marenke